

interkulturell aktuell

SSIP Mitteilungen

Nr. 3–4/2017 | 59. Jahrgang

Sozialwissenschaftlicher Studienkreis für Interkulturelle Perspektiven e.V.
gegründet 1959

Übersicht

Nachruf.....	2
✂ Politik interkulturellen Handelns.....	3
🏛 Interkulturelle Bildung.....	6
A. Afrika.....	9
E. Europa.....	11
F. Aus der Forschung.....	16
Eine aktuelle Untersuchung zum Thema <i>Geben für Andere – Geben für die Dritte Welt,</i> Gastbeitrag von Lorenz Lauer.....	17
I. Islam, Muslime und Mittlerer Osten.....	20
K. Kooperationen.....	21
T. Interkulturelle Tourismuspolitik.....	24
W. Weltinnenpolitik.....	25
Nachrichten für Mitglieder.....	28
SSIP-Tagungskalender.....	30
Impressum.....	36

Aus dem Inhalt:

„Netz ohne Hass“
Eintreten gegen Hass im Internet

Rassismus gegen Afrikaner
Struktureller Rassismus in Deutschland

Europa zuerst!
Christian Thomas im Gespräch
mit Claus Leggewie

Entwicklungszusammenarbeit auf
dem Prüfstand



Mit großem Bedauern müssen wir den Tod unseres Ehrenmitglieds WINFRIED BÖLL bekanntgeben. Wie aus der Familie verlautete, ist er am Donnerstag, dem 16.11., friedlich entschlafen. Der Wortgottesdienst wurde am 28. November in der katholischen Pfarrkirche St. Pantaleon in Unkel gehalten; anschließend erfolgte die Beisetzung auf dem alten katholischen Friedhof.



Quelle: Annonce im General-Anzeiger Bonn

Winfried Böll, ein Vetter von Heinrich Böll, war „technisch-organisatorischer Berater“ bei der Gründung des SSIP, der damals den Namen „Sozialwissenschaftlicher Studienkreis für Internationale Probleme“ bekam, und Mitglied des Vorstandes (SSIP-Mitteilungen 4, Februar 1963, S.16). Er und Dieter Danckwortt waren für den SSIP Referenten auf der 22. Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendringes im April 1960 in Bremen (SSIP-Mitteilungen 2, März 1960, S.6). Böll, seit 1951 Mitglied der SPD, war wohl über den Geschäftsführer der Friedrich-Ebert-Stiftung, Günter Grunwald, auf den SSIP aufmerksam geworden. Er war Geschäftsführer

der Carl-Duisberg-Gesellschaft und hatte Anfang der 1960er Jahre schon Verbindungen zu Bundeskanzler- und Auswärtigem Amt. Er war damals einer der Wenigen, die über nationale Grenzen hinwegdachten; er trat schon damals ohne Wenn und Aber für Entwicklungszusammenarbeit ein und sah die Entwicklungsländer auf gleicher Augenhöhe mit den „Gebern“. Damit passte er genau in den SSIP. In einem Interview (in: Politik und Perspektiven. Festgabe für Prof. Dr. Kurt Düwell, hrsg. v. Armin Triebel, Berlin 2007, S.25-59) erinnerte er sich, zum „Tag der afrikanischen Botschafter“ 1962 einen Vortrag für eine afrikanische Form der technischen Zivilisation gehalten zu haben (S.37). In diesem Interview beschreibt Böll auch, wie er im Auftrag des Bundeskanzleramtes die Struktur des zu gründenden Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit entworfen hat.

Böll wurde 1962 Mitarbeiter im BMZ, 1968 Unterabteilungsleiter, dann dort Abteilungsleiter und ging 1979 als Ministerialdirektor in den einstweiligen Ruhestand. Zwischenzeitlich war er Geschäftsführer des DED (Deutscher Entwicklungsdienst). Nach 1979 war Böll unter anderem Vorsitzender des Instituts für Internationale Begegnungen, Bonn, Vizepräsident der Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit, Bonn, Mitglied des Vollzugausschusses der Deutschen UNESCO-Kommission und Dozent an verschiedenen Universitäten. Nicht zuletzt war er Mitbegründer des Arbeitskreises „Lernen und Helfen in Übersee e.V.“ (AKLHÜ).

Der SSIP wird die Erinnerung an sein Gründungsmitglied bewahren.

Beilagen zu diesem Heft

Diesem Heft von IKA INTERKULTURELL–AKTUELL liegt der Interkulturelle Kalender für 2018 bei, der von GERTRUD WAGEMANN in Berlin entworfen wurde und vom Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration vertrieben wird. Gertrud Wagemann (*1934), arbeitete als Architektin und wurde durch das Lexikon-Werk „Feste der Religionen — Begegnung der Kulturen“ bekannt, inzwischen in der 2. Auflage (mit einem Vorwort von BARBARA JOHN) erschienen. Darin erklären sie und einzelne Experten die Zeitrechnung und die Feste der Religionsgemeinschaften (München: Kösel 2014, ISBN 978-3-466-37115-0; € 21,99).

Unsere SSIP-Mitglieder werden auf das Protokoll der Mitgliederversammlung vom 2. Dezember 2017 in Düsseldorf hingewiesen.

P1/17-3-4 „**NetzOhneHass**“: Hass
im Netz entgegnetreten

Die *Bundeszentrale für politische Bildung* (bpb) hat am 29. und 30. Juni im „Tagungswerk“ Berlin eine Fachtagung mit dem Titel „#NetzOhneHass“ veranstaltet. Diese wandte sich in erster Linie an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, und verhandelte im Wesentlichen zwei Dimensionen: Was ist **Hatespeech / Hassrede**, und wie kann ihr entgegnetreten werden? Nach einführenden Worten des Präsidenten der Bundeszentrale für Politische Bildung THOMAS KRÜGER sowie von DR. HEIKO GEUSE vom *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (BMFSFJ), in denen beide hervorhoben, dass Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene nicht zwischen einer analogen und einer digitalen Welt unterscheiden, sondern sie als einen Zusammenhang begreifen, als zwei Welten, die sowohl digital als auch real, oft sogar parallel stattfinden. Alle Gespräche, Plaudereien, Beratungen, Diskussionen, kurz, jegliche Konversation, die noch vor nicht allzu langer Zeit auf dem Pausenhof, der Arbeit, am Stammtisch stattgefunden hätten, finden nun auch in den Kommentarspalten unter Beiträgen bei YouTube, Instagram, Snapchat und auf anderen *Social-Media*-Plattformen in offenen und geschlossenen Gruppen statt. Die dabei getätigten Äußerungen seien weder dem Inhalt noch der Aggressivität nach zu urteilen neu; neu sei allerdings ihre Quantität und offene Zurschaustellung, der strafrechtlich und zivilgesellschaftlich kaum entgegnetreten werde.

Hierzu gab DR. ULF BUERMAYER einen Überblick zur Meinungsfreiheit nach Art. 5 Abs. 1 GG und dessen rechtlicher Umsetzung im digitalen Bereich, die sich während der Tagung durch den Bundestagsbeschluss zum **Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG)** änderte. Er hielt fest, Meinungen müssten immer „Elemente des Dafürhaltens“ inhärent sein, und sie dürften nicht beleidigend, verleumderisch und volksverhetzend sein oder gar bewusst falsche Tatsachen verbreiten. Hinsichtlich des NetzDG hob er die Unterschiede der beiden Säulen, die dieses Gesetz ausmachen, hervor. Die Säule der privaten Durchsetzung wurde durchaus kritisch beurteilt, da hier Aufgaben von Judikative (strafrechtliche Bewertung von Kommentaren) und Exekutive (löschen und sperren) an private

Betreiber ausgelagert werden. Es wurde vermutet, dass die ökonomischen Interessen der Unternehmen eine genaue juristische Abwägung jedes einzelnen Kommentars unmöglich machen könnten. Auch müsse grundlegend die Frage gestellt werden, ob es **politisches Interesse** sein könne, dass der Staat hier die erste Überprüfung bei den Firmen belassen möchte. In der anschließenden Diskussion empfahl Buermeyer, in den Unternehmen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter juristisch schulen und unabhängig voneinander entscheiden zu lassen, ob ein Eintrag gelöscht werden sollte, um so zu einem qualitativen Mehrheitsentschluss zu kommen. Deutlich besser wurde die zweite Säule des Gesetzes bewertet. Die Unternehmen müssen Stellen benennen, an die sich Behörden und Betroffene zukünftig wenden können. Diese sind dazu verpflichtet, sich binnen 48 Stunden zu den Sachverhalten zu äußern, andernfalls drohen hohe Bußgelder. Die drei Maßnahmen stellen eine deutliche Verbesserung der Strafverfolgungspraxis dar. Waren doch in der Vergangenheit immer wieder die Zuständigkeiten unklar, Unternehmen wie Facebook und Google reagierten nach polizeilichen Aussagen in 50% der Anfragen überhaupt nicht.

Zu den **Motiven und Ursachen** der Hassrede versuchte die Psychologin DOROTHEE SCHOLZ einen Überblick zu geben. Sie konstatierte den Stand der Forschung und versuchte Hinweise zu geben, warum dieses Phänomen im Internet derart breit vertreten ist. Eine wichtige Erkenntnis ist hier, dass Hassrede nicht, wie so häufig vermutet, der Anonymität geschuldet ist, denn viele der Kommentare werden durch Profile gepostet, die realen Personen zugeordnet werden können. Diese Tatsache lässt vermuten, dass die bisherige mangelnde Strafverfolgung keinerlei Abschreckung erzeugte. Als **hatespeech** bezeichnete Frau Scholz Kommentare ab dem Punkt, an dem sie nicht mehr als konstruktiv erachtet werden können und viel mehr mit der Person zu tun haben, die diese geäußert hat, als mit der, die angegriffen wird. Hassrede ist ein Indikator für **antidemokratische Strömungen** innerhalb einer Gesellschaft. Ohne in irgendeiner Weise die Verantwortung der Täter zu schmälern oder gar zu entschuldigen, ist es – so Frau Scholz – wichtig, die psychologischen Ursachen zu untersuchen. So sieht sie neben vereinzelt

✂ Politik
interkul-
turellen
Handelns





sadistischen Motiven vor allem Frustration und (oft irrationale) **Ängste** als Ursachen des Hasses. Für diese beiden Emotionen werden häufig bereits mehrfach historisch diskriminierte Menschengruppen als **Feindbilder** gebraucht und die eigenen Unzulänglichkeiten externalisiert. Sie sprach in diesem Zusammenhang von „psychischem Fast Food“. Als einen Hinweis für die starke Verbreitung im Netz erkennt sie hier eine Struktur, die psychische und soziale Verzerrungen sowie unterschiedliche Realitätswahrnehmungen erzeugt. Als Beispiel sei die „**Echokammer**“ genannt. Unter Echokammern wird das Phänomen verstanden, dass Menschen, durch Algorithmen geleitet, sich oft nur noch auf Seiten befinden und/oder Meldungen angezeigt bekommen, die ihre Meinung scheinbar oder tatsächlich bestätigen.

Im weiteren Verlauf der Tagung wurden sehr praxisnah die verschiedenen Formen von Hassrede erläutert und Gegenstrategien erarbeitet. Dabei war den Veranstaltern stets die Opferperspektive wichtig. Grundlegend wurde neben einer starken Zivilgesellschaft ergänzend auch eine

digitale Zivilcourage gefordert. Wünschenswert wäre eine Vertiefung des Punktes gewesen, inwieweit die *Social-Media*-Unternehmen bisher auch aus ökonomischen Gründen kein großes Interesse an der Eindämmung von Hassrede gezeigt haben. So blieb es bei zwei kritischen Fragen, die in der Abschlussrunde von CAROLINE MOHR (ehemalige *Community-Management*-Redakteurin bei BILD, heute für Spiegel Online im Bereich *Audience Development* tätig) nur ausweichend beantwortet wurden. Denn Fakt ist natürlich, dass sich der Publikumsverkehr auf Seiten, auf denen es zu Hassrede und Gegenrede kommt, erhöht. Diese Seiten sind auch für Werbetreibende interessanter, da sie eine höhere Reichweite haben. So können Betreiber der Seiten anhand von Anzeigen deutlich größere Gewinne generieren. Irritierend ist in diesem Zusammenhang, dass die Veranstaltung vom *MESH Collective* durchgeführt wurde; dessen Partner sind – neben der Bundeszentrale und verschiedenen Stiftungen – auch Google und YouTube.

FN

P2/17-3-4 Politik der Gefühle

In der *Katholischen Akademie Berlin* fand am 2. März 2017 ein inspirierendes Gespräch zum Thema „**Neid, Ressentiment, Hass**“, welches für eine historisch informierte Theorie der Kommunikation mit Feindbegriffen von direkter Bedeutung ist, statt. Mit Neid, Ressentiment und Hass wird, wie wir gegenwärtig sehen, eine „Politik der Gefühle“ – so der Untertitel der Podiumsdiskussion – gemacht, und aus der wird schon bei Politikern lange in der Bundesrepublik etablierter Parteien unter der Hand eine **Politik des gesunden Volksempfindens**.



Das Einladungsschreiben der Katholischen Akademie stellte fest: „**Psychologische oder sozialpsychologische Interpretationen** dieser Situation wirken angesichts der politischen Folgen des Hasses eigentümlich hilflos.“ Der Direktor der Katholischen Akademie, JOACHIM HAKE, rief einleitend dazu auf, dieses Thema „nicht nur den Psychologen und Sozialpsychologen“ zu überlassen, und erwähnte das neulich erschienene Buch von CAROLIN EMCKE und darin vor allem ihre Feststellung des Zusammenhangs von Homogenität, Reinheit und Ausschließung. Das entspricht exakt der Auffassung des SSIP, der aus seinem mehr als 50 Jahre alten Anliegen heraus, „Feindbilder zu bekämpfen“, gegen alle Arten von Purifizierung von Gemeinschaften mobil machen muss. Was bedeutet die „Rückkehr“ der starken Emotionen? Was sind eigentlich Neid und Hass und was bewirken sie im politischen Raum, im gesellschaftlichen und politischen Kampf um Macht? Das waren die Fragen, über die PROF. DR. RAINER PARIS, der bis zu seiner Emeritierung als Professor für Soziologie an der *Hochschule Magdeburg-Stendal* lehrte, und DR. KLAUS MERTES SJ, Rektor des *Jesuitenkollegs Sankt Blasien* und Chefredakteur der Zeitschrift „Jesuiten“, diskutierten.

Carolin Emcke: *Gegen den Hass*. Frankfurt a.M.: Fischer, 2016

Rainer Paris erklärte gleich zu Beginn: „Gegen wabernde Stimmungen hilft v.a. Analyse“. Also: **Was ist Neid?** Zunächst, sagt Paris, ein Gefühl bei sich über einen Tatbestand bei einem Anderen. Sich beziehend auf Max Scheler, führte er aus: Neid ist erstens in allen Gesellschaften verpönt. Neid ist kein Affekt (im Sinne Kants), sondern eine dauerhafte Leidenschaft, die verzehrt, vergiftet, jedenfalls nicht anspricht. Und gegen Leidenschaften ist, wie man weiß, schwer zu kämpfen. Im Neid ist Selbstabwertung enthalten, er ist im Kern „**ungelebtes Leben**“, wie Paris sagte. Zwanghaftes Vergleichen führt zu Neid. Der Neid ist feige (wenn er nicht zur Denunziation wird) und „ein bisschen blöd, nicht sehr intellektuell“. Der monotheistische Gott ist nicht neidisch; er ist „eifersüchtig“.

Neid macht einsam und ist im Gegensatz zum Hass nicht gemeinschaftsfähig; es gibt keine „Neidkommunikation“. Der Neid neigt allerdings zur Transformation in aggressive Gefühle wie **Hass, Misstrauen und Ressentiment** und führt insofern zu gesellschaftlicher Polarisierung bzw. –müsste man wohl ergänzen– weiter in die Polarisierung hinein, wo eine solche schon vorhanden ist. Paris sprach explizit die **Fragmentierungen in der gegenwärtigen Gesellschaft** an, die Entfremdungen in der Arbeitswelt, die „Zerstörung des emotionalen Hinterlandes“. Anders als der Neid ist Hass zur kollektiven Aktion sehr wohl fähig; er ist für Ideologien empfänglich. Es gibt **Hassgemeinschaften**. Hier setzte Mertes fort.

Einerseits könnte man Hassgemeinschaften als einen Typus von Wir-Gruppen betrachten und so immerhin als ein gesellschaftliches Phänomen der Freiheit, insofern Wir-Gruppen aufgrund überlegten Entschlusses entstehen und durch aktives Handeln bestehen bleiben. Rainer Paris erinnerte daran, dass „**fanatisch**“ ein zentraler öffentlicher Begriff im Nationalsozialismus gewesen ist. Andererseits betonte Mertes immer wieder den Aspekt der Unfreiheit, den er in Hass beschlossen sieht („Hass wird erlitten“, und „Hass fesselt“); denn Hass gründe auf eigener Ohnmacht. Mertes identifizierte Hass mit Selbsthass und Zerstörung („Selbstverhetzung“); Hass sei insofern ein Extremfall von Hilfsbedürftigkeit – christlich gesprochen von Erlösungsbedürftigkeit. Hass schafft Verbindungen über ein „**Zugehörigkeitserlebnis**“, aber verschafft keine

Autonomie und Selbständigkeit, sondern „huldigt der Meute“. Mertes sprach von „Huldigungswettbewerben“, die in Diktaturen typischerweise stattfinden. Es bestehe eine tiefe Verbindung zwischen **Hass und Diktatur**. Der Hass, sagte Mertes, ist nachhaltig; er wirkt über den Tod hinaus, was den Schluss nahelegt, man müsse Hass als einen geistigen Kampf auffassen.

Hass steckt an. Was bedeutet das für ein Handeln, welches gesellschaftliche Befriedung zum Ziel hat? Mertes zeigte sich pessimistisch, ob man den Hass direkt bekämpfen könne. Das Wichtigste sei, sich nicht anstecken zu lassen (Jeremia: „Ich mache mein Gesicht hart wie Kiesel“); den Rest müsse „der liebe Gott machen“. Trotzdem sprach er eine Empfehlung aus: Die hasserfüllte Gruppe solle man individualisieren, z.B. mit der Frage nach dem Chef. Rainer Paris sieht in der Existenz sich gegenseitig befehrender Meinungskollektive („Das Internet ist ein Riesenstammtisch“) ein Beispiel für Tribalismus in der modernen Gesellschaft. Er fragte, welches die Bedingungen für die Austrocknung der Hassgemeinschaften sind oder, um an die Diskurse der französischen Moralphilosophen anzuknüpfen, die „Temperierung“ der Leidenschaften.

Der Abend erreichte das Ziel, „um in die Bedeutungsfülle des Gegenstandes wahrhaft einzudringen“, wie Hake es zu Beginn formuliert hatte, nur teilweise, denn einige Fragen, die Rainer Paris gestellt hatte, blieben unbehandelt. Wie funktioniert der Übergang vom Neid zum Hass? Welche anderen Wege außer über den Neid führen zum Hass? Aber ein Anfang ist gemacht, um von der Analyse (Paris) zu einem wirkungsvollen Handeln zu gelangen.

AT



B1/17-3-4 **Der Schwamm
von Augsburg**

Das Hohe **Friedensfest in Augsburg**, seit 1650 alljährlich am 8. August, erinnert ursprünglich an die Versöhnung zwischen Protestanten und Katholiken in der Stadt. Zur Tradition gehört die Herstellung und Verteilung sogenannter „Friedensbilder“. In diesem Jahr war das Thema des Friedensbildes: „Bekennen. ‚Mein Name ist Mensch‘“. Dazu passend, war in diesem Jahr auf dem Willy-Brandt-Platz ein überdimensionaler Schwamm, wie man ihn im Haushalt zum Aufsaugen von Feuchtigkeit benutzt, aufgestellt.



<http://www.br.de/nachrichten/schwaben/inhalt/zerstoerter-schwamm-augsburg-100.html>

Es handelte sich um eine Installation des iranisch-deutschen Künstlers MICHEL ABDOLLAHI, der damit ein Zeichen gegen Rassismus setzen wollte – ein „Zeichen gegen Hass und Rassismus“, ein Schwamm, der „das Böse symbolisch auf-saugen“ könne. In Abdollahis Heimatstadt Hamburg war „Der Schwamm“ Opfer eines Brandanschlags geworden; die Polizei gehe von einem fremdenfeindlichen Motiv aus, erklärte Abdollahi. In Stuttgart dagegen sei „Der Schwamm“ vier Wochen ohne Beschädigung ausgestellt gewesen. In Augsburg überlebte der Schwamm nur kurze Zeit. Kinder entdeckten ihn als Gegenstand ihres Mutwillens und rissen ziegelsteingroße Stücke heraus. Der Künstler aus Hamburg beklagte auf seiner Facebook-Seite, zahlreiche Eltern hätten tatenlos auf dem Platz dabeigestanden, obwohl „Der Schwamm“ für Erwachsene deutlich als Kunstwerk zu erkennen gewesen sei.

Aus seiner Verärgerung heraus schrieb Abdollahi einen offenen Brief, der gleichzeitig ein Stück Gegenwartsanalyse der bundesdeutschen Gesellschaft ist. SSIP zitiert druckfehlerberichtigt in Auszügen.

25. Juli 2017

Offener Brief an die Augsburger anlässlich der Kunstinstallation „DER SCHWAMM“

Liebe Augsburgerinnen und Augsburger,
ich habe mich sehr gefreut, dass das Augsburger Friedensbüro meinem Vorschlag gefolgt ist und meine Kunstinstallation „Der Schwamm“ als Zeichen gegen Hass und Rassismus im Rahmen des Friedensfestes ausgestellt hat.

Der Schwamm hat eine bewegende Geschichte. Er wurde bereits in Hamburg im Herbst 2016 ausgestellt und dort Opfer eines Brandanschlags. Die ermittelnden Behörden gehen bis heute von einem fremdenfeindlichen Motiv aus. Ich habe diesen Anschlag nicht hinnehmen wollen und viel Zuspruch aus der Bevölkerung und der Politik erhalten. Der Ruf nach einem neuen Schwamm wurde immer lauter und so habe ich beschlossen, den Schwamm wiederaufleben zu lassen. Denn das, wofür er steht, der Kampf gegen Hass und Intoleranz, darf man eben auch nicht einfach so aufgeben, wenn Leute Brandsätze werfen.

Auf Einladung des baden-württembergischen Landtags installierte ich in Stuttgart einen neuen Schwamm, der dort vier Wochen still demonstrierte. Zum Augsburger Friedensfest wurde er dann auf den Willy-Brandt-Platz vor die City Galerie überführt. [...]

Der Schwamm ist bewusst einfach gehalten, ein Objekt, das alle kennen und nutzen. Er ist weich, aus original Material, völlig ungiftig, voll recyclingfähig, gelb und auffällig. Niemand kann sich dran





verletzen oder stoßen, er federt alle Einwirkungen ab, er gibt nach, behält aber stets seine Form. Der Anti-Hass-Schwamm saugt das Böse symbolisch auf. Ein friedliches und stilles Objekt, was zum Diskutieren einladen soll. [...] Ein Schild am Schwamm machte auf die Aktion und ihren Hintergrund aufmerksam. Das aber sehr deutlich.

In Augsburg kam es auf eine erschreckende Weise anders. Der Schwamm wurde vor der City Galerie nach weniger als 24 Stunden fast völlig zerstört. Wir haben viele Kinder beobachtet, die drauf gespielt haben, sich gefragt haben, was der Schwamm hier soll und das Schild gelesen haben. Das war gewünscht. Aber wir haben auch beobachtet wie sie ziegelsteingroße Blöcke aus dem Schwamm rissen und auf dem Platz verteilen. Viele Eltern standen teilnahmslos daneben, rauchten oder beschäftigten sich mit ihrem Handy. Dass ihre Kinder gerade öffentlich Vandalismus betrieben, interessierte sie kaum. Dass ihre Kinder den ganzen Platz mit Schaumstoff verschmutzen, genauso wenig. Sie beobachteten, wenn überhaupt, gelangweilt das Szenario oder ermunterten die Kinder dazu, weiterzumachen. Keiner bückte sich, um auch nur ein Stück Schaumstoff zu entsorgen, obwohl der Mülleimer daneben stand. Keiner ermahnte sein Kind. Ganz im Gegenteil. Die Kinder wurden auf dem Schwamm geparkt, ohne auch nur einen Gedanken daran zu verschwenden, warum dieses Objekt hier steht. Vom Schwamm ist heute wenig übrig.

Jetzt frage ich mich, was uns das über unsere Gesellschaft sagt. Die Kinder trifft keine Schuld. Aber die Eltern. **Erwachsene beobachten seelenruhig wie etwas zerlegt wird.** Es interessiert sie nicht mal, warum es da steht. Obwohl sie das Schild lesen und sich davor fotografieren, nehmen sie die Sachbeschädigung billigend in Kauf, ganz ohne Sorge, jemand könnte sie dafür verantwortlich machen. Dabei kann jeder einzelne dafür haftbar gemacht werden. Die Konsequenzen scheinen unwichtig. Anstatt sich mit dem Kind über das Werk auseinanderzusetzen, passiert nichts. Anstatt das Kind zu ermahnen, passiert nichts. Das ist nicht hinnehmbar. [...]



Fotoquelle: <https://www.facebook.com/michel.abdollahi/posts/1492656367468496:0>

Wenn wir dieses Bild jetzt weitermalen und auf andere Situationen anwenden, was dann? Interessiert es genauso wenig, wenn die Kinder in die Radikalität abdriften? Wenn sie anfangen zu mobben und zu hassen? Verbrechen zu begehen? Sich Rassismus und Intoleranz zu eigen zu machen? Sich einer rechten Demo anschließen oder im Schanzenviertel auf Krawallurlaub gehen? Wenn sie in Themar den rechten Arm heben und Sieg Heil rufen oder in Hamburg vor brennenden Autos Selfies machen? Die Integration verweigern und in Parallelgesellschaften verschwinden? Oder Stücke aus einer Kunstinstallation reißen und auf den Boden werfen. Reagieren die Eltern dann auch nicht? Nein, machen sie nicht.

Ich habe mit vielen Kindern am Schwamm gesprochen, aller Hautfarben und Nationalitäten, die friedlich miteinander spielten. Hass und Rassismus war diesen Kindern fremd. Sie konnten teilweise gar nicht verstehen, warum es dafür ein Anti-Symbol braucht. Ich habe auch einige Kinder ermahnt, zwar mit dem Schwamm zu spielen, aber keinen Müll zu hinterlassen. Vier Jungs im Alter von etwa zwölf Jahren fühlten sich daraufhin beauftragt, den Platz sauber zu halten. Binnen Minuten war alles weg, dazukommende Kinder wurden von ihnen eingeweicht und notfalls ermahnt. Es zeigt, wie einfach es geht, zu erläutern und eine Wirkung zu erzielen. Und vielleicht im nächsten Schritt zu **verhindern, dass aus friedlichen Kindern hassende Erwachsene werden.** Mit Zuneigung, Aufklärung, Interesse und Liebe. Wenn das fehlt, weil Handy, Zigarette oder die eigenen Probleme wichtiger sind als das Interesse am eigenen Kind, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, dass **unsere Gesellschaft zunehmend verrot.**



Es zeigt aber auch, dass **Dinge und Menschen zunehmend ihren Wert für uns verlieren**. Über die Konsequenzen von Worten und Taten, seien es Beleidigungen und Mordaufrufe in sozialen Netzwerken oder brennende Flüchtlingsheime, angezündete Autos oder in einem viel weniger dramatischen Maß ein zerstörter Schwamm aus Schaumstoff: Es wird erst zerstört, dann nachgedacht und **notfalls bereut**, wenn es denn von einem verlangt wird, ob vor Gericht oder vor der Öffentlichkeit. Mehr nicht. Auf die Frage, ob es ihnen klar sei, dass sie gerade Sachbeschädigung begehen und dafür haftbar gemacht werden können, erhielt ich oft die Antwort „man habe ja damit nicht angefangen“, „da fehlten schon Stücke als wir ankamen“ oder „wir dachten das gehört so“. Wenn ein Auto brennt, zündet man das nächste auch an? Wenn einer plündert, plündert man dann mit? Wenn einer Sieg Heil ruft, rufen es dann auch alle anderen?

Ich bin glücklich darüber den Schwamm an einem alltäglichen Ort in Augsburg aufgebaut zu haben und nicht als ehrfürchtiges Mahnmal für Intellektuelle an einem dafür vorgesehen Ort. Ich bin aber schockiert und sehr traurig darüber, was das Ergebnis davon ist. Und ich wundere mich jetzt nicht mehr, dass Kunst oft fernab der Gesellschaft mahnend und ehrfurchtsvoll hinter Museumswänden und Absperrungen präsentiert wird. [...]

[...] Hätte ich einen Spielschwamm bauen wollen, der sich zum Zerstören eignet, dann hätte ich ein anderes Material genommen und ihn anders deklariert. Zudem bezweifle ich, dass sich die Eltern jetzt mit ihren Kindern und dem Thema auseinandersetzen. Schön wär's, [...]. Die meisten sahen eher danach aus, als seien sie glücklich, dass ihr Kind fünf Minuten beschäftigt war.

[...] Kunst steht oft auch ein gutes Stück für den Zeitgeist und den Puls der Menschen. Der Umgang mit Kunst, seien es Dresdener die sich von Bussen provoziert fühlen, Hamburger von einer goldenen Wand oder die teilnahmslosen Augsburger Eltern und der Schwamm, lässt sinnbildlich tief in die Seele unserer Gesellschaft blicken. Und die sieht momentan ignorant bis düster aus. Das ist es, was mich wirklich traurig macht. [...]

Quellen: Augsburger Allgemeine (21. Juli 2017); Michel Abdollahi auf: <https://www.facebook.com/michel.abdollahi/posts/1492656367468496:0>

B2/17-3-4 Förderpreis der Pill-Mayer Stiftung

Seit nunmehr sieben Jahren fördert die in Wolfegg im Allgäu beheimatete Pill-Mayer Stiftung interkulturelle Kulturprojekte für Kinder und Jugendliche. Die Stiftung ist davon überzeugt, dass ideenreiche Kulturarbeit den interkulturellen Dialog fördern kann: Kulturarbeit als Brücke zwischen Kulturen. Sie unterstützt die Freude am Entdecken kultureller Vielfalt und setzt sich für interkulturelles Lernen ein. Damit leistet sie einen Beitrag zur respektvollen, bereichernden Begegnung mit Menschen aus anderen Kulturen für ein positives Miteinander.

2018 schreibt die Pill Mayer Stiftung wieder einen Förderpreis für interkulturellen Dialog aus. Damit zeichnet sie **ein beispielhaftes interkulturelles Kulturprojekt für Kinder und Jugendliche** aus. Die mit 1000 € dotierte Prämierung richtet sich an regionale, überregionale und internationale Kulturrengagierte. Angesprochen sind alle künstlerischen Ausdrucksformen wie Musik, Literatur, Theater, Tanz, Film oder Bildende Kunst, aber auch Museen und Ausstellungsmacher. Innovative Ideen oder bereits bewährte Konzepte können eingereicht werden.

Einsendeschluss der Bewerbungen per E-Mail mit Projektskizze ist der **1. Mai 2018**. Weitere Informationen unter www.pillmayerstiftung.org (Was wir tun) sowie bei: Pill-Mayer Stiftung für interkulturellen Dialog, Dr. Irene Pill und Dr. Bernd Mayer, Maximilianplatz 7, 88364 Wolfegg, Tel. 07527 95 41 61; kultur@pillmayerstiftung.org und www.pillmayerstiftung.org. Quelle / Text: PM Pill Mayer.

A1/17-3-4 Rassismus gegen Afrikaner in Deutschland?

Es wird geschätzt, dass in Deutschland etwa eine Million Menschen aus Afrika leben; somit wäre etwas mehr als 1% der Bevölkerung afrikanischer Abstammung. Natürlich stellt sich immer wieder die Frage, wie diese Menschen in Deutschland leben. Dieser Frage hat sich die *Arbeitsgruppe von Sachverständigen für Menschen afrikanischer Abstammung (Working Group of Experts on People of African Descent)* angenommen. Diese wurde 2002 vom **UN-Menschenrechtsrat** ins Leben gerufen und mit einem Mandat ausgestattet, regelmäßig die Mitglieder der UNO zu besuchen und in Kooperation mit deren Zivilgesellschaften und jeweiligen Regierungen Maßnahmen zu entwickeln, die die Diskriminierung von Schwarzen Menschen beseitigt.

Während einer Woche im Februar 2017 haben drei der fünf UN-Sachverständigen (Mireille Fanon-Mendès-France, Sabelo Gumedze und Ricardo Sunga) Deutschland zu einer „**fact-finding mission**“ aufgesucht und waren in Berlin, Dessau, Dresden, Frankfurt, Wiesbaden, Düsseldorf, Köln und Hamburg. Sie haben verschiedene Organisationen besucht und mit Zeugen gesprochen. Sie waren auch in der Jugendstrafanstalt Plötzensee (Berlin). Die Bundesregierung reagierte auf den ihr am 25.9. vorgelegten Bericht, sie hoffe, mögliche „Missverständnisse und Ungenauigkeiten“ aufdecken zu können und wünsche „weitere Klarstellung“.

In der Presse wurde meist aus der Vorab-Stellungnahme der Arbeitsgruppe: („*Statement to the media by the United Nations' Working Group of Experts on People of African Descent, on the conclusion of its official visit to Germany, 20-27 February 2017*“) zitiert. Nach Meinung der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) geht aus der ersten Stellungnahme der Arbeitsgruppe z.B. hervor,

„dass Deutschland ein Rassismusproblem hat“. Insgesamt sei man **tief besorgt** über die Menschenrechtssituation von Menschen afrikanischer Abstammung in der Bundesrepublik.

Diese Sorge erwachse aus der Tatsache, dass Schwarze Menschen in Deutschland täglich mit Rassismus, **negativen Stereotypen** und vor allem weit verbreitetem **racial profiling** (das verdachtsunabhängige, gezielte Kontrollieren von schwarzen Menschen durch die Polizei) konfrontiert sind, während die Behörden allerdings leugnen, dass es **racial profiling** gebe. Die Arbeitsgruppe kritisiert einen Mangel an unabhängigen Beschwerdemechanismen und Mängel bei der Aufklärung von Polizeigewalt gegen Menschen afrikanischer Abstammung; das befördere eine Art der **Straflosigkeit** in Fällen von rassistischer Diskriminierung. Einen besonderen Fokus legen die Sachverständigen auf **ungeklärte Todesfälle** von Schwarzen in Deutschland (CHRISTY SCHWUNDECK in Frankfurt/Main, DOMINIQUE KOUMADIO in Dortmund, N'DEYE MARIAME SARR) und auf Todesfälle in polizeilichem Gewahrsam (OUSMAN SEY in Dortmund, SLIEMAN HAMADE in Berlin, AMIT AGEEB in Frankfurt/Main, MARIA EL-SHERBINI in Dresden, MOHAMMED SILLAH in Remscheid, LAYE-ALAMA CONDÉ in Bremen, ACHIDI JOHN in Bremen), hier wird natürlich auch **OURY JALLOH** angeführt, der 2005 in Polizeigewahrsam

A. Afrika



Die Working Group of Experts on People of African Descent: Mr. Sabelo Gumedze (Chairperson, South Africa), Mr. Michal Balcerzak (Poland), Mr. Ahmed Reid (Jamaica), Ricardo A. Sunga III (Philippines), Ms. Marie-Evelyne Pétrus-Barry (Guadeloupe) – Quelle: <http://www.ohchr.org/EN/Issues/Racism/WGAfricanDescent/Pages/WGEPADIndex.aspx>

A

in Dessau auf einer feuerfesten Matratze verbrannte; wiederholte Versuche, seinen Tod heute noch aufzuklären, sind gerade Thema in den Zeitungen. Institutioneller Rassismus in den Behörden und der Justiz führe außerdem dazu, dass rassistische Straftaten oft nicht als solche verzeichnet würden und so eine angemessene Strafverfolgung verhindert werde.

Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights (OHCHR)

Palais Des Nations,

1211 Geneva 10, Switzerland

E-Mail: africandescent@ohchr.org

In dem 16seitigen Schlussbericht an die UN-Generalversammlung werden Stimmen offenbar von Afrikanern in Deutschland mit einem Rassismus-Begriff zitiert, der offensichtlich nicht mit dem großen Teile der biodeutschen Bevölkerung übereinstimmt, z.B. Zf. 10:

„People of African descent in Germany informed the Working Group that they found the existence of street names and metro stations such as **Mohrenstrasse** [in Berlin] to be racist and **insulting**. Other street names still glorify personalities who played a key role in colonizing, enslaving and exploiting African people. Such naming of streets and metro stations indicates the persistence of **structural racism** and minimizes the crimes committed during the colonial period. The Working Group notes the positive change to one street name in Berlin, where the name of a colonialist was replaced by the name of a German woman of African descent, poet, educator, author, and activist MAY AYIM [s. dazu: SSIP-Mitteilungen A1/16-1], following the mobilization of Afro-German civil society organizations.“

Der Schlussbericht kulminiert in der **Zusammenfassung** in Zf.52:

„Despite Germany’s promotion of multiculturalism and diversity, and the positive measures referred to above, the Working Group is deeply concerned about the human rights situation of people of African descent in Germany. While people of African descent are a diverse group, their daily lives are marked by racism, negative stereotypes and structural racism. They are targeted and are victims of racist violence and hate crimes. They fear for their safety and avoid certain places as they believe they

will be attacked. They are subjected to racial discrimination by their classmates, teachers and workmates and to structural racism by the Government and criminal justice system. In Germany, negative stereotypes of people of African descent remain commonplace. These stereotypes lead to misguided and misinformed perceptions of people of African descent. Despite the gravity of the situation, they are not officially recognized as a group particularly exposed to racism.“

Quellen: Pressemitteilung der Arbeitsgruppe Working Group of Experts on People of African Descent von Sachverständigen für Menschen afrikanischer Abstammung v. 27.2.2017:

<http://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=21233&LangID=E;>

über die Arbeitsgruppe:

<http://www.ohchr.org/EN/Issues/Racism/WGAfricanDescent/Pages/WGEPADIndex.aspx>.

Vorabbericht (Distr.: General, 27 July 2017, A/HRC/36/60, 20 S.):

http://ap.ohchr.org/documents/dpage_e.aspx?si=A/HRC/36/60

der gesamte Bericht an die UN-Vollversammlung (Distr.: General, 15 August 2017, A/HRC/36/60/Add.2, 16 S.): https://www.ecoi.net/file_upload/1930_1505385252_g1723867.pdf;

insbesondere die Kommentare:

DGVN ([http://www.dgvn.de/meldung/un-kommission-in-deutschland-tief-besorgt-um-die-situation-von-menschen-mit-afrikanischer-abstammu/\[sic\]](http://www.dgvn.de/meldung/un-kommission-in-deutschland-tief-besorgt-um-die-situation-von-menschen-mit-afrikanischer-abstammu/[sic])),

Kordula Doerfler in: *Berliner Zeitung* (28.2.2017),

Perspektive—Zeitung für Solidarität und Widerstand (online) am 28.9.2017 („UN-Sachverständige:

Systematischer Rassismus gegen schwarze Menschen

in der BRD / Menschenrechtsexperten sprechen von

institutionellem Rassismus“) über den Kurzbericht v.

27. Juli 2017 (<https://perspektive-online.net/2017/09/un-sachverstaendiger-systematischer-rassismus-gegen-schwarze-menschen-in-der-brd/>),

Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland: <http://isdonline.de/>.

E1/17-3-4 Deutsch-Französischer Zukunftsdialog

Wollen die 28 Mitgliedsstaaten der EU politische Stabilität sowie sozialen und wirtschaftlichen Wohlstand gewährleisten, braucht es nicht weniger als die strategische (Neu-)Ausrichtung ihrer Beziehungen zueinander. Vor allem Deutschland und Frankreich sind als Zugpferde der Union gefragt – für beide Staaten liegt der europäische Zusammenhalt im eigenen Interesse. Aus diesem Grund haben die Französische Botschaft und die Bertelsmann Stiftung 2016 einen Konferenzzyklus organisiert, der zwei Ziele verfolgt. Zum einen sollten die „Deutsch-französischen Dialoge“ ein besseres gegenseitiges Verständnis des deutschen beziehungsweise französischen Sozialmodells ermöglichen. Zum anderen tauschten sich die Teilnehmer über die Zukunftsfähigkeit der beiden Sozialstaaten in Europa in Hinblick auf die Globalisierung aus.

Vier Hauptthemen waren vorgesehen: Migration und Integration, Armut und Ungleichheit, Familienpolitik und „Arbeit 4.0“.

Die erste Podiumsdiskussion zum Thema „Migration und Integration“ fand am 26. Januar 2016 statt. Bei der zweiten Veranstaltung am 24. Mai 2016 standen die Bekämpfung von

Armutsrisiken und sozialen Ungleichheiten als deutsche und französische Herausforderungen im Vordergrund, bei der dritten am 25. Januar 2017 die Familienpolitik beider Staaten. Mit einer Diskussion über die Arbeit der Zukunft unter dem Motto „Arbeit 4.0“ endete die Dialogreihe am 21. Februar 2017.

Alle Veranstaltungen fanden in der Französischen Botschaft in Berlin statt. Einblicke und Erkenntnisse aus den vier deutsch-französischen Dialogen stehen Ihnen in der Enddokumentation in französischer und deutscher Sprache zur Verfügung. Aus Sicht des SSIP war natürlich die Diskussion über „Migration und Integration“ von großem Interesse.

Eine zusammenfassende Dokumentation ist erschienen („« Quel avenir pour nos pays en matière de politiques sociales ? » Dialogues franco-allemands sur l'Europe sociale“ bzw. „Wie zukunftsfähig sind unsere Sozialstaaten?“ Deutsch-französische Dialoge zum sozialen Europa“) und kann heruntergeladen werden bei:

<http://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/europa-staerken-und-verbinden/projektthemen/deutsch-franzoesische-dialoge/>
Quelle: 6.4.17–11:36

E2/17-3-4 Erinnern für Europa

Im Oktober 2017 fand in der Berliner Landesvertretung von Sachsen-Anhalt beim Bund als gemeinsame Veranstaltung von *Deutsche Gesellschaft e.V.* und *Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur* eine Tagung über das kommunistische Erbe Europas statt („Der lange Schatten des Kommunismus – 100 Jahre russische Revolution“). Dieses Thema ist an sich nicht prädestiniert für die SSIP-Mitteilungen „ika“. In Zusammenarbeit mit *Inforadio Berlin-Brandenburg* (rbb) wurde die Tagung aber abgeschlossen durch eine Podiumsdiskussion, moderiert von HARALD ASEL (rbb), zum Thema „Erinnern für Europa. Möglichkeiten und Grenzen einer gemeinsamen Erinnerungskultur“, und was dort gesagt wurde, gehörte durchaus zum Themenfeld des SSIP. Es ging um die Frage, in welchen Bildern von Europa zu reden sei, es ging

um das Narrativ Europa bzw. um europäische Narrative und damit auch um europäische Erinnerung.

Es diskutierten:

- MARIELUISE BECK (Bündnis 90/Die Grünen, Staatssekretärin a.D. und Direktorin für Mittel-/Osteuropa des *Zentrums für die Liberale Moderne*, Berlin)
- Dr. PETER GYÖRKÖS (Botschafter von Ungarn in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin)
- Prof. Dr. NORBERT LAMMERT (Präsident des Deutschen Bundestages, Berlin)
- Prof. Dr. habil. KRZYSZTOF RUCHNIEWICZ (Direktor des *Willy-Brandt-Zentrums für Deutschland- und Europastudien* der Universität Wrocław)

In seinem dem Podiumsgespräch vorausgehenden Vortrag hatte Krzysztof Ruchniewicz

E. Europa

E

E

das **Modell der „konzentrischen Kreise“** erwähnt, mit dem CLAUS LEGGEWIE und ANNE LANG in einem Buch von 2011 („Der Kampf um die europäische Erinnerung. Ein Schlachtfeld wird besichtigt“) die Schlüsselthemen, die in einer kritischen europäischen Erinnerung konstitutiv sein sollten, umrissen hatten. Den Kern der Erinnerung bildet demnach der Holocaust als singuläres Menschheitsverbrechen und „negativer Gründungsmythos“. Dieses nahm Harald Asel zum Ausgangspunkt für das Gespräch.

Darauf stieg gleich Marieluise Beck, die sich stolz als „Nach-68erin“ vorstellte, ein, indem sie ihr Thema des Abends aufbaute: die Warnung vor Russland als totalitärer Bedrohung aus dem Osten und das Werben für eine enge Verbindung zur **Ukraine**. Damit präsentierte sie im Sinne eines für ganz Europa verbindlichen Erinnerungskerns ein Narrativ, in dem **Abwehr gegenüber Russland** und die eingestandene Scham über die **deutsche Schuld** am Holocaust eigentümlich verschmolzen. Sie beklagte, es gebe eine „Zurückhaltung“ in Deutschland, sich mit dem russischen Gulag zu beschäftigen, weil man Angst habe, der Relativierung des nationalsozialistischen Verbrechens beschuldigt zu werden. Gerade von deutscher Seite werde „den Ukrainern mit Inbrunst die Kollaboration“ vorgeworfen. „Das gibt eine politische Figur, die eine Solidarität mit den Ukrainern verbietet, weil unsere eigentliche Solidarität Moskau gehören müsste.“ Die unangebrachte Nibelungentreue gegenüber Russland sah sie darin offen sich zeigen, dass „die deutsche Erinnerung an den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg häufig [...] nicht mit dem Molotow-Ribbentrop-Pakt 1937, sondern mit dem Überfall auf die Sowjetunion 1939“ beginne — irritiertes Grummeln im Saal. Im Erschrecken über diesen peinlichen Versprecher versuchte sie rasch, sich selber als Opfer der übermächtigen Suggestion eines herrschenden, russisch-dominierten Narrativs darzustellen. Es sei eben eine Tatsache, dass ein Narrativ, das Berlin und Moskau verklammert, immer zu Lasten Polens gehe.

Angesichts dieser verschwurbelten Beweisführungen und der allgemeinen Verlegenheit gab der Moderator das Wort schnell an den ungarischen Botschafter, der die Gelegenheit ergriff, eine andere Position aufzubauen. Es gebe

in der EU heutzutage keine Gleichberechtigung der Stimmen, wo doch die **Vielfalt**, auch die Vielfalt der Narrative, eigentlich die Stärke Europas wäre. Mit der Frage, wieviel Erinnerung denn nötig sei, versuchte der Moderator, die Diskussion neu aufzusetzen. Und wieder kam er nicht an Marieluise Beck vorbei.

Wieder stieg Beck für die Ukraine in den Ring. Die „geschichtlichen Wahrheiten“ zu erobern, sei absolut notwendig für rationale politische Entscheidungen. Erst in Odessa habe sie erfahren, dass es **ein odessitisches Babi Jar** gebe: Rumänische Truppen haben unter Anleitung deutscher Offiziere dort 27–30.000 Juden umgebracht. „Mir war dieser Vorgang nicht bekannt, und ich schäme mich dafür.“ Und da müssten sich die Odessiten verteidigen, dass ihre Geschichte eine der Kollaboration sei? Da werde noch gefragt, welche Solidarität die Ukraine verdiene? TIMOTHY SNYDER (*Bloodlands. Europe between Hitler and Stalin*, New York 2010) habe vollkommen recht, wenn er vor einer Politik der Achse Berlin–Moskau warne.

Geduldig bog der Moderator die Schärfe des unilateralen Narrativs in die Feststellung um: „Viele Geschichten aus dem östlichen Europa sind im Westen nicht wahrgenommen worden.“ Botschafter Györkös ging auf die **Konkurrenz der Erinnerungen** in Europa ein. Der Holocaust sei ein Narrativ mit breitem Konsens; das könne man von der Erinnerung an die Greuelthaten des Kommunismus nicht sagen, und an Marieluise Beck gewandt, fügte er hinzu, gerade die 68er hätten nicht viel geleistet, die Opfer des Kommunismus in Erinnerung zu rufen. Hier konnte Krzysztof Ruchniewicz ergänzen, in den deutschen Schulbüchern der 1980er/90er Jahre habe Okkupation und Zweiter Weltkrieg dominiert; heute dominiere der Holocaust alle anderen Narrative, und darüber werde der **Freiheitskampf** der osteuropäischen Völker gegen den Totalitarismus und das Zielnarrativ der **Menschenrechte** vergessen. Immer wieder kam er auf den Freiheitskampf z.B. der Polen zurück, der über 100 Jahre währte.

Warum gibt es so unterschiedliche Erzählungen über das gleiche Jahrhundert? An diese Frage des Moderators konnte der polnische Historiker anknüpfen. Mit unseren verschiedenen Geschich-

E

ten sitzen wir alle in einem Boot. Die Frage sei, in welche Richtung das Boot fahren solle. In dieser **Unsicherheit**, wo alle möglichen Narrative hervorgeholt werden, liege es übrigens nahe, auf das gewohnte **Narrativ des Nationalstaats** zurückzugreifen. Die nationalen Narrative werden, so sagte er später, ihre Bedeutung behalten; es komme allerdings darauf an, sie „aufzuweichen“, damit sie sich gegenseitig „befruchten“ könnten. Dafür empfahl er, so etwas wie „Differenzprotokolle“ aufzustellen. Die Fixierung auf Staaten müsse aufgegeben werden, nicht zuletzt weil es **Nationen ohne Staat** gebe. Wer es bisher noch nicht geglaubt hatte, konnte in diesem Gespräch praktisch erleben, dass im **Erinnern** Gemeinsamkeiten hergestellt oder abgewehrt werden. Das Erinnern und das Narrativ hängen sehr eng zusammen, und mit Narrativen kann Politik gemacht bzw. das wenigstens versucht werden.

Lammert sprach sich entschieden gegen jede „**Geschichtspolitik**“ aus. „Mit Geschichte darf keine Politik gemacht werden.“ Wenn Beck HANNAH ARENDTS Begriff der „Tatsachenwahrheiten“ ins Feld führte, von der Notwendigkeit von „Wertentscheidungen“ gerade auch im Hinblick auf die Erziehung der nächsten Generationen sprach und gefordert hatte, bestimmte Bilder – z.B. vom gemeinsamen Aufmarsch von Roter Armee und deutscher „Wehrmacht“ in Brest-Litovsk 1917 – hätten Bestandteil jeden Schulbuchs zu sein, erklärte Lammert: „Es gibt keine gemeinsame historische Erinnerung“. In einer kommunikativen Gemeinschaft existieren immer unterschiedliche Narrative; und der Anspruch, aus diesen ein gemeinsames zu machen, sei „abwegig“. Alleine die Vermutung, die Politik habe eine Kompetenz über die

Interpretation der Geschichte, sei verheerend. Da bekam er spontanen Applaus vom Publikum. Und Politik finde immer „in vermintem Gelände“ statt. Eine historisch unaufgeklärte Politik sei deshalb nicht zukunftsfähig, denn sie nehme wesentliche Bedingungen ihres eigenen Spielraums nicht zur Kenntnis. Der über ein ganzes Leben in der Politik erfahrene Norbert Lammert warnte vor der Selbstüberschätzung der Politik. „Nicht jede bedeutende politische Entscheidung hat nachhaltige historische Relevanz, aber jede nachhaltige historische Entwicklung hat sicher politische Relevanz.“

Geschichtspolitik — nein, aber gewiss wird aus Geschichte Politik gemacht, wandte Botschafter Györkös ein. Auch Ruchniewicz mochte in das Verdikt gegen „Geschichtspolitik“ nicht uneingeschränkt einstimmen; es gebe viele Arten von Politik, und wenn eine Geschichtspolitik so beschaffen sei, dass sie zur Ausbildung für Demokratie hülfe, sei es ihm recht. Alle drei waren sich einig, dass die Ermöglichung einer Vielfalt von Erinnerungen und damit von Geschichtsinterpretationen ein Markenzeichen Europas und dass es nötig sei, sich diese gegenseitig vorzutragen, wie Lammert gesagt hatte, – und sie von einander zu hören.

Gegenseitiges Erklären unterschiedlicher Erinnerungen und Festhalten an partikularen Narrativen als Nährboden für die Entwicklung einer überwölbenden, gemeinsamen europäischen Identität – ist das ein fauler Formelkompromiss, den das Gespräch in der sächsisch-anhaltinischen Vertretung ergab, oder ein zwar kompliziertes, aber gleichwohl optimistisch stimmendes Unterfangen? AT

E_{3/17-3-4} **Europa zuerst!**

Über das aktuelle Buch des Politologen CLAUS LEGGEWIE, dessen Amtszeit als Direktor des *Kulturwissenschaftlichen Instituts* (KWI) Essen nach zehn Jahren zum 31.7.2017 geendet hat, sprach CHRISTIAN THOMAS (Berliner Zeitung).

Leggewie erklärt darin, wie Europa ein eigenes Profil haben und eine eigenständige Form der „Europäisierung“ entwickeln könnte in einer Welt, in der „Klimawandel, Verkehrswende, die sozialen Disparitäten“, die Entwicklung der 2/3-Welt („Bekämpfung der Fluchtursachen“) und eine „Strategie gegen den Terror“ nicht mehr nationalstaatlich zu bearbeiten seien.

E

Der Titel des Buches signalisiert: Seien wir der Zukunft zugewandt! Leggewie zitiert Macron: „Lust auf Zukunft!“

Leggewie: Trumps *America first!*, Le Pens *La France d’abord* oder die faulen Begründungen der *Brexiters* waren tragische Bekräftigungen eines weißen, autoritären, regressiven Nationalismus, der die Zukunft in schwärzesten Farben malt und sich in die Wagenburg zurückzieht, dabei oft am Rande eines neuen Faschismus wandelt. „Europa zuerst“ ist dagegen eine ironisch-heitere, aufgeschlossen in die Zukunft blickende Wendung, ein Statement gegen **die autoritäre Welle**, die rund um die Welt geht. [...]

Christian Thomas fragt, wie die von Leggewie diagnostizierte „**Entkräftung der Demokratie**“ zu **erklären** ist.

Leggewie: Der populistische Reflex und sein zunehmend völkisch-autoritärer Inhalt zeugen von einer schweren Entfremdungskrise der repräsentativen Demokratie, die **politische Unternehmer** für ihre Zwecke ausnutzen. Das Gebaren der Finanzwelt, dann deren Krise haben den Eindruck einer Alternativlosigkeit erzeugt, der für demokratische Politik tödlich ist, weil diese von Alternativen lebt. Aber gegen den Eindruck, den viele Theoretiker der Postdemokratie geradezu lustvoll erwecken, ist die Demokratie damit nicht am Ende. Die Ökologiebewegung, die Experimente nachhaltigen Lebens haben einen ganzen Strauß von Alternativen hervorgebracht. Es ist ein Jammer, wie eine bestimmte **kulturintellektuelle Szene** – zum Beispiel die gespreizten *doomsday*-Diskurse der Kunstbiennalen – sich unpolitisch in der Affirmation des Niedergangs gefällt, statt diese kreativen Aufbrüche zu beflügeln.

Was tun? Leggewie hat drei Ansprüche an die Politik — die drei großen „R“: **Responsivität, Resilienz und Resistenz**.

Leggewie: Ein antwortbereites politisches System muss den Wahrheitskern der populistischen Agitation, vor allem die vermeintliche Alternativlosigkeit politischen Handelns und ihre Emotionsschwäche aufgreifen und Antworten geben. Die Demokratie muss wehrhafter werden, wo [...] Gewaltenteilung, Rechtsstaat und Grundrechte attackiert werden, und sie muss, wo sich [...] im Windschatten rechtsradikale Gewalttäter aufmachen, energisch Widerstand leisten.

Das Programm: **eine „sozialprogressive Agenda“**. Thomas fragt zunächst nach dem Thema „Teilhabe“.

Leggewie: Die populistische Welle ist eine verquere Antwort auf fehlende Teilhabemöglichkeiten im politischen und sozialen Leben, die wiederum zurückzuführen sind auf die soziale Zerklüftung der europäischen und Weltgesellschaft. Und nun sehen wir auf der anderen Seite einen echten demokratischen Aufbruch in Gestalt sozialer und politischer Bewegungen, bemerkenswerterweise auch „für Europa“. Dieses Engagement und eine breite Freiwilligenkultur auf allen möglichen Gebieten dokumentiert den Willen zur Teilhabe, den die meisten politischen Parteien eher frustrieren. [...] Es geht am Ende um eine dem Entwicklungsstand der europäischen Gesellschaft angemessene **europäische Staatsbürgerschaft**.

Zweitens: Solidarität.

Leggewie: Besonders auf dem Arbeits- und dem Wohnungsmarkt ist die Klassenfrage drastisch zurück. Die sozialen Disparitäten dürfen nicht weiter wachsen, es müssen radikal neue Wege in der ganz auf die Besitzstandswahrung der Älteren zugeschnittenen Sozialpolitik

beschritten werden. [...] In meinem Buch schlage ich vor, die Automatisierung und den demografischen Wandel mit Konzepten eines garantierten Grundeinkommens zu bearbeiten, auf Basis einer Maschinensteuer und flankiert durch **eine proaktive Einwanderungspolitik**. Und mit einem erweiterten **Erasmus-Programm** das Mega-problem der Jugendarbeitslosigkeit anzugehen.

Das dritte Thema ist Nachhaltigkeit. Am Ende wird Leggewie gefragt: „**Hat Europa eine Mission?**“ — als eine Alternative zur „Gestaltungsmacht der vergangenen hundert Jahre, den USA? Zum anderen als eine, wie Sie sagen, ‚reflexive Weltmacht‘, [...]“

Leggewie: [...] Reflexiv ist Europa gerade aufgrund seiner eigenen historischen Erfahrungen, die imperiale Ambitionen verbieten. Faktisch muss die EU die „Kultur der Zurückhaltung“ in eine vor allem normative Orientierungsrolle übersetzen, ohne dabei überheblich zu werden.

Hatte Europa, wenn euphorisch vom „**europäischen Haus**“ die Rede war, eine falsche Vorstellung? Denn tatsächlich ist Europa ein endloses Reformprojekt, eine Dauerbaustelle.

Leggewie: Politikmachen heißt auf der Dauerbaustelle sein, es wird kein „fertiges“ Europa geben. Das europäische Haus, größer als die EU und offen für Partnerschaften auch mit jenen, die sich jetzt gegen Europa stellen, bleibt eine gute Metapher.

Aus den Überlegungen von Leggewie zur europäischen Politik ist hervorzuheben, dass er an der Vorstellung des „**europäischen Hauses**“ festhält und eine **europäische Staatsbürgerschaft**, die über den gemeinsamen europäischen Pass hinausgeht, fordert. An ihnen ist für die Theorie der interkulturellen Verständigung bedeutsam, dass er Fremdenfeindlichkeit und den Gebrauch von Feindbildern nicht durch die Veränderungen von Einstellungen und nicht durch **Arbeit an den Feindbildern** selber angreifen will, sondern durch die Veränderung von politischen Bedingungen, eine „proaktive Einwanderungspolitik“ und die Verminderung von „sozialen Disparitäten“.

Quelle: Das ganze Interview in: <https://www.berliner-zeitung.de/kultur/literatur/-europa-zuerst--claus-leggewie-ueber-grundeinkommen-und-einwanderungspolitik-28440048>

E4/17-3-4 **Verschiedene Geschwindigkeiten für Europa?**

Am 17. Mai 2017 hatten der Botschafter der Französischen Republik und die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland zu einer Podiumsdiskussion eingeladen, auf der JEAN-LOUIS BOURLANGE, Europaabgeordneter von 1999 bis 2007 und französischer Essayist, und KARL LAMERS, der ehemalige außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, über die Frage: „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten — notwendiges Instrument zur Fortführung des europäischen Projekts?“ sprachen. CERSTIN GAMMELIN (Süddeutsche Zeitung) moderierte bzw. versuchte mit wenig Erfolg, die druckreif und äußerst selbstbewusst vorgetragenen *statements* von Jean-Louis Bourlanges einzudämmen. Der

Leiter der Politischen Kanzlei der Botschaft, Gesandter JEAN-CLAUDE TRIBOLET, begrüßte die Anwesenden in Vertretung des Botschafters.

Der Ausgangspunkt der Diskussion waren die Denkanstöße, mit denen WOLFGANG SCHÄUBLE als Abgeordneter und Karl Lamers als Obmann im Auswärtigen Ausschuss das Stichwort „**Kerneuropa**“ 1994 in die öffentliche Diskussion brachten. Lamers bestritt in der Diskussion, dass Bundeskanzler Kohl diese Gedanken abgelehnt habe; er sei nur nicht öffentlich für sie eingetreten. In der damaligen Situation sei **die Osterweiterung der EU**, die „politisch nicht zu vermeiden gewesen sei“, für diese Gedanken bestimmend gewesen. Es habe auch gewisse Befürchtungen gegeben, dass Deutschland sich zu stark nach Osten orientieren könnte.

E

E

Bourlanges bekundete, das Papier sei in Paris sehr wohl bekannt gewesen. Dort habe man stark die Befürchtungen seitens v.a. südlicher EU-Mitglieder wahrgenommen, Deutschland könnte ihren Ausschluss betreiben.

Was unterscheidet die Situation 1994 von der von 2017?, fragte Gammel. EMMANUEL MACRON forderte bei seinem Besuch im Mai in Bonn „eine historische **Neugründung Europas**“. Nach Lamers muss das Konzept der unterschiedlichen Geschwindigkeiten gleichwohl nicht geändert werden. Es entspricht seiner Meinung nach dem **Gang der Weltgeschichte**. Der Nationalstaat habe keine Zukunft. Die globale Wirklichkeit sei längst supranational – gegen diese Realität könne kein Staat sich abschließen. „Europa ist eine Variante der Globalisierung, eine Variante von **Eine Welt**.“ In der späteren kurzen Diskussion bekräftigte er noch einmal, dass Europa nur in der Gemeinsamkeit der EU eine Chance habe. Wir stehen an einem weltgeschichtlichen Epochenbruch. „Die westliche Dominanz ist vorbei.“ Bourlanges verschärfte das: Wir erleben das Ende des jungsteinzeitlichen Territorialprinzips. „Heute ist alles transnational.“

Nach Lamers sind sich die Bundesregierung und die Sozialdemokratie darin einig, dass in die Richtung einer Entnationalisierung Europas innerhalb der EU schneller vorangehen sollte, wer das will. Das schränke den politischen Spielraum des Rests naturgemäß ein. Doch

Lamers zeigte sich zuversichtlich, dass die anderen nachkommen. Sogar **England** werde der EU wieder beitreten. Für die einzelnen Staaten sieht Bourlanges tatsächlich nur zwei Möglichkeiten: „entweder du willst mitkommen, oder du willst nicht.“ Europa wird ein **Europa der Willigen** sein, *une Europe des volontaires*, und rief mit Verve ins Mikrophon: „*Messieurs les Français, tirez les premiers!*“

Was wird für die supranationale Zukunft Europas gebraucht? Eine gemeinsame Konjunkturpolitik und eine Art Länderfinanzausgleich zwischen den Mitgliedsstaaten, eine gemeinsame Außenpolitik, eine gemeinsame Verteidigungspolitik. Das wurde genannt. In der Diskussion brachte jemand die Idee eines europäischen „Volkskongresses“ auf, einer einmal im Jahr tagenden Versammlung des EU-Parlamentes und der nationalen Parlamente. Das fand Lamers eine bedenkenswerte Idee, denn in dem Maße, wie die Macht der EU-Instanzen zunehme, werde sich das Gewicht der nationalen Parlamente verringern. Niemand sprach von **Kulturpolitik**, niemand sprach von europäischer **Identität**. Für die Diskussion mit dem Publikum war nur wenig Zeit, niemand stellte die Frage. Auf einen Einwurf aus dem Publikum, wie man die Bevölkerungen der Einzelstaaten auf diesem Weg mitnehmen könne, gab bemerkenswerter Weise keiner der beiden Podiumsteilnehmer eine Antwort.

AT

F. Aus der
ForschungF1/17-3-4 **Effektiver Altruismus?**

Die Weihnachtszeit ist immer auch Spendenzeit. Jetzt passt es besonders, auf eine frisch fertiggestellte Forschungsarbeit, die **Spenden**, insbesondere Hilfsleistungen für die ⅓-Welt im Rahmen der **Entwicklungshilfe** zum Thema hat, aufmerksam zu machen.

Der Verfasser hat sich intensiv mit dem „Effektiven Altruismus“ und seinem Stellenwert für die Unterstützung der Zweidrittel-Welt beschäftigt. Er ist im **Juni 2017** am Institut für Logik und Philosophie der Wissenschaft der Universität des Baskenlandes (Universidad del País Vasco / Euskal Herriko Unibertsitatea) in San Sebastián / Donostia mit einer Arbeit über *Public Perception, Justification and Motivation of Development Aid — The Feasibility of Peter Singer's Culture of Giving* promoviert worden. Der Artikel enthält die Grundgedanken dieser Dissertation.

Effektiver Altruismus: Leben retten – oder Selbstoptimierer-Hype?

Von Lorenz Lauer

Die Bewegung geht zurück auf den australischen Philosophen **Peter Singer**. In seinem 2009 erschienenen Buch „Leben retten: Wie sich Armut abschaffen lässt – und warum wir es nicht tun“ kritisiert der Utilitarist unseren westlichen Wohlstand vor dem Hintergrund absoluter globaler Armut. Dabei greift er auf ein Gedankenexperiment zurück:

Die gesellschaftliche Strömung des effektiven Altruismus (EA) kann sich über mangelnde Aufmerksamkeit nicht beschweren. Zahlreiche Universitätsgruppen haben sich gegründet, und in Gesprächen mit Stiftungsmitarbeitern, Unternehmern und CSR-Managern wird über diese Bewegung diskutiert. In Deutschland kümmert sich nun auch die *Stiftung für Effektiven Altruismus* um die weitere Verbreitung des Konzeptes dieses – um die Stiftungssatzung zu zitieren – „kritisch-rationalen, empirisch fundierten Ansatzes“, der „die Lebensqualität möglichst vieler [...] möglichst umfassend zu verbessern“ bekundet.

Auf dem Weg zu einem Bewerbungsgespräch kommen Sie an einem Teich vorbei. Der Teich ist nicht besonders tief, aber Sie bemerken, dass ein dreijähriges Kind hineingefallen ist und ohne Hilfe wohl ertrinken wird. Wenn Sie in den Teich waten, werden Sie allerdings Ihr Gespräch verpassen und Ihren extra für 200€ gekauften Anzug ruinieren. Sind Sie verpflichtet, das Kind zu retten?

Unsere Intuition, und in diesem Falle auch das Gesetz (StGB 26 § 323c), sind in diesem Falle eindeutig: Das Kind nicht zu retten, wäre eine schwere moralische Verfehlung. Singer kontrastiert diese unkritische Entscheidung allerdings mit unserem alltäglichen Verhalten. Wir könnten jeden Tag ein Leben retten, indem wir für eine effektive Organisation in der Armutsbekämpfung spenden. Dass wir das nicht tun, macht uns, in der extremen Interpretation, zu Mördern aus unterlassener Hilfeleistung.

Die Konsequenzen aus diesem Gedankenexperiment werden von Singer und dem jüngeren Oxforder Philosophen **William MacAskill** gearbeitet. In Anbetracht des großen Leids absoluter Arbeit, können wir uns ein rein selbstbezogenes Leben nicht leisten. Ein Ziel im Leben muss daher eine Karriere mit einem möglichst hohen Gehalt sein; Singer erwähnt lobend einen Philosophie-Absolventen, der an die Wall Street gegangen ist, um einen möglichst hohen Betrag an eine möglichst effektive Hilfsorganisation zu spenden.¹ Singer sieht hier durch die Vermeidung von unnötigem Luxus viele Einsparpotentiale, z.B. erwähnt er gerne und häufig die tägliche Tasse *Coffee To Go*; aber auch gravierendere Einschnitte sind nach der Logik des effektiven Altruismus nicht nur lobenswert, sondern geboten.

Die ethischen Grenzen dieser moralischen Verpflichtung zur freiwilligen Umverteilung sind allerdings nicht ganz so klar. Den täglichen Kaffee am Kiosk durch eine eigens befüllte Thermoskanne zu ersetzen und die Differenz zu spenden, macht auch für die Klimabilanz Sinn. Aber was zählt als überflüssiger Luxus? Wie sieht es aus mit der Entscheidung für den Sportklub, den Kino- oder Museumsbesuch, wie mit der finanziellen Unterstützung der eigenen Kinder, Freunde und Verwandten? Wie mit der Bekämpfung von Missständen in Deutschland und der EU? Brauchen nicht die Menschen in absoluter Armut das Geld dringender?

In *Strangers drowning: Impossible idealism, drastic choices, and the urge to help* schildert die Journalistin **Larissa MacFarquhar** Lebensläufe extremer Altruisten, darunter auch einer jungen Frau, die ihren Alltag mit ihren EA-geprägten Überzeugungen zu vereinbaren versucht und die in Tränen ausbricht, als ihr Lebensgefährte ihr einen Liebesapfel schenkt. Auch die Entscheidung für Kinder und der eigene Karrierewunsch „Sozialarbeiterin“ führt zur inneren Zerreißprobe. Das Beispiel illustriert deutlich die Kritik von philosophischer Seite am Utilitarismus im Allgemeinen und am Effektiven Altruismus im Besonderen. Indem er die Grenzen zwischen Individuen aufhebt, um interpersonelle Nutzenvergleiche zu ermöglichen, reduziert er gleichzeitig die vielfältigen Dimensionen des menschlichen Lebens auf die ethische. Für so wichtige Dinge wie Familie, ästhetischen Genuss

¹ Mit dem natürlich berechtigten Hinweis, dass durch einen Job in der spekulativen Finanzindustrie eventuell auch Schaden angerichtet werden könnte, beschäftigt sich Singer leider nicht. Allerdings hat die EA-nahe Organisation *80,000 hours* diese Diskussion aufgenommen (s. <https://80000hours.org/2015/08/what-are-the-10-most-harmful-jobs/>)

oder Selbstbestimmtheit bleibt wenig bis gar kein Raum.

Aus diesem Grund tritt der Effektive Altruismus in der nicht-philosophischen Öffentlichkeit, z.B. über die Organisation *80,000 hours*, mit einem reduzierten Programm auf. Das Spendenpotential wird so nur noch zu einem Faktor in der Karriere- und Lebensplanung und reduziert sich auf einen Anteil von 10 Prozent des Einkommens an Organisationen, die eine möglichst große positive Wirkung nachweisen können (sog. „social impact“).

Hier zeigt sich die größte Leistung des effektiven Altruismus: Der Gedanke, dass wir mit begrenzten Ressourcen arbeiten und deshalb unsere Spenden und konsequenterweise auch die Ausgaben in der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit in Projekte investieren müssen, die einen nachweisbar möglichst hohen Mehrwert für die Zielgruppe bieten, überzeugt gerade vor dem Hintergrund teilweise gravierender Unterschiede im Nutzen verschiedener Interventionen. Es geht dabei nicht um einfache und fehlleitende Kennzahlen wie beispielsweise Verwaltungskosten einer Nicht-Regierungsorganisation (NGO).² Im Idealfall werden verschiedene Gruppen in einer Wirkungsstudie miteinander verglichen, wobei zufällig ausgewählte Teilnehmer in den Genuss der Intervention kommen und mit zeitlichem Abstand in Hinblick auf Lebensdauer und -qualität mit der Kontrollgruppe verglichen werden. Diese aus der Medizin entlehene Methodik wird nun verstärkt von Institutionen genutzt, die gezielt Wirkung messen und darauf basierende Spendenempfehlungen vergeben. Global sind hier *Give Well* und der *Charity Navigator* zu erwähnen, für den deutschen Raum hat sich *PHINEO* hier sehr verdient gemacht. Neben der reinen Orientierung für Spender, hilft diese Herangehensweise auch gegen einen sich ausbreitenden Fatalismus in einer Öffentlichkeit, die meistens keinen oder wenig Sinn in Spenden oder Steuerausgaben für Entwicklungszusammenarbeit sieht.

Allerdings hat diese Vorgehensweise auch ihre Grenzen. Da die Methoden aus der Medizin entlehnt sind, sind medizinische Interventionen im Vorteil. Das zeigt sich klar in der Liste der empfohlenen Interventionen.

Diese sind bei *Give Well* mit einer Ausnahme, nämlich der direkten finanziellen Unterstützung von Familien im Rahmen von *GiveDirectly*, alle medizinischer Natur. Empfohlen werden beispielsweise die kostenfreie Ausgabe von Malaranetzen und Entwurmungsprogramme für Schulkinder. Natürlich sind diese Programme besonders effektiv, da sie kostengünstig sind und eine Verhinderung schon eines einzelnen Schadenfalles dem betroffenen Individuum nicht nur die Krankheitskosten erspart, sondern einen Schulbesuch, eine Ausbildung und eine Beschäftigung ermöglicht.

Aber es gibt **Grenzen der Messbarkeit** von Interventionen. Welche Kriterien sollte man beispielsweise für eine Korruptionsbekämpfung anlegen? Die reine Anzahl der Anklagen und Verurteilungen könnte sowohl ein Indiz für die Prävalenz von Korruption sein, aber im besten Falle auch für die ernstgemeinten Anstrengungen, mit diesem Problem aufzuräumen. Genauso könnten dahinter aber auch „Säuberungen“ und Kämpfe um den Machterhalt, wie zuletzt in China oder Saudi Arabien zu beobachten, stehen.

Jeder von uns kann mit einer entsprechenden Spende ein Leben vereinfachen und sogar retten. Aber dies beantwortet nicht die dringende Frage, warum es die lokalen Regierungen nicht schaffen, diese kostengünstigen Interventionen – trotz teilweise erheblicher Einnahmen durch den Handel mit natürlichen Rohstoffen – zur Verfügung zu stellen. So wird die Bekämpfung der globalen absoluten Armut fälschlicherweise als ein rein technisches Problem dargestellt und die zugrundeliegende extreme Ungleichverteilung der globalen Ressourcen ausgeblendet.

Unsere Verantwortung reduziert sich nicht auf die reine Mitmenschlichkeit, sondern resultiert vor allem aus der Art und Weise, wie globale Institutionen es Regimen ermöglichen, Herrschaft auszuüben und natürliche Ressourcen ohne eine entsprechende Gewinnbeteiligung der Bevölkerung auszubeuten. Durch entsprechenden Konsum und als Bürger von demokratischen Staaten, die mit diesen Regimen Verträge eingehen und Handel betreiben, sind wir Teil des Systems, welches die Kontinuität von absoluter Armut ermöglicht.

<https://80000hours.org/>

²Dieses sogenannten *Overhead Costs* können nämlich eben für besonders revolutionäre oder sorgfältig evaluierte Projekte durchaus höher sein, welche dann trotzdem um ein vielfaches effektiver sind. Leider orientiert sich das Deutsche Spendensiegel des *Zentralinstituts für Soziale Fragen (DZI)* noch an diesen einfachen Messwerten. In Anbetracht der hohen Kosten für die Beantragung bei dieser Organisation ist das Siegel leider nur beschränkt aussagekräftig.

www.givewell.org/

www.charitynavigator.org/

www.phineo.org/

www.givedirectly.org/

Es ist anzuerkennen, dass die Ausbreitung des globalen Kapitalismus vielen Menschen einen Weg aus der Armut geebnet hat. Proponenten von rein technischen Lösungen wie EA oder von Armutsreduktion durch **wirtschaftliches Wachstum** (z.B. Dambisa Moyo) ignorieren allerdings, dass die Missstände durch ungleiche Machtverhältnisse davon unberührt bleiben. Mittelfristig müssen wir sowohl als Bürger eines demokratischen Staates als auch einer durch die Globalisierung immer stärker interdependenten Weltgemeinschaft Lösungen entwickeln und dabei gerade von absoluter Armut Betroffene mit einbeziehen. Sie dabei durch effektive Interventionen wie Malaranetze und direkte Finanzspritzen zu unterstützen, in der Hoffnung, dass die so gewonnenen Ressourcen es den Menschen ermöglichen, sich zu bilden und politisch zu organisieren, um Änderungen einzufordern, ist ein wichtiger Bestandteil dieses Projektes für das 21. Jahrhundert. Zusätzlich gilt es, internationale Regulierungen – zum Beispiel zum Handel mit Regimen, die minimale Bedingungen der Legitimation nicht erfüllen – zu ändern. Der englische Philosoph **Leif Wenar** weist zurecht darauf hin, dass der Tausch natürlicher Ressourcen gegen Geld, Rüstungs- und Luxusgüter mit Oligarchen und Diktatoren nicht nur moralisch, sondern durch die Verbreitung von Instabilität, Armut und Terrorismus auch politisch nicht in unserem Sinne sein kann. Wir sind also als Bürger gefragt, nicht als Portemonnaie.

MacFarquhar, L.: *Strangers Drowning. Impossible Idealism, Drastic Choices, and the Urge to Help* (New York: Penguin Books 2015).

Moyo, D.: *Dead Aid – Why Aid is Not Working and How There is Another Way for Africa* (London: Penguin Books 2009).

Singer, P.: *Leben retten. Wie sich Armut abschaffen lässt – und warum wir es nicht tun* (Hamburg: Arche Verlag 2009).

Singer, Peter: *The Most Good You Can Do – How Effective Altruism is Changing Ideas About Giving Ethically* (New Haven: Yale University Press (2015).

Wenar, L.: *Blood Oil – Tyrants, Violence, and the Rules That Run the World* (Oxford: Oxford University Press 2015).

Literatur zum Weiterlesen:

Banerjee, A. V. / E. Duflo: *Poor Economics – A Radical Rethinking of the Way to Fight Global Poverty* (New York: Public Affairs 2011).

Hahn, H. / R. Lepenies: *Wissenschaft als politischer Beruf. Die Sustainable Development Goals als realistische Utopie*. In: *Globale politische Ziele. Bestandsaufnahme und Ausblick des Post-2015 Prozesses*, hrsg. v. P. Lepenies / E. Sondermann (Baden-Baden: Nomos 2017), S.169–194.

MacAskill, W.: *Doing Good Better. How Effective Altruism Can Help You Make a Difference* (New York: Gotham 2015).

I. Islam, Muslime und Mittlerer Osten

11/17-3-4 **Bustour durch Europa: Muslime gegen islamistischen Terror**

Eine Gruppe Imame hat im Juli mit einer Bustour durch Europa ein Zeichen gegen islamistischen Terrorismus gesetzt. Der Bus mit der Aufschrift „Marsch der Muslime gegen den Terrorismus“ hielt am Samstag, 8. Juli zum Auftakt auf dem Pariser Prachtboulevard *Champs-Élysées*. Die Imame beteten an dem Ort, wo im April ein Polizist bei einem Anschlag ums Leben gekommen war. Vor dem *Bataclan* wurden sie unter anderem von der Bürgermeisterin ANNE HIDALGO und einem Sprecher der Regierung empfangen. Organisiert wurde die Reise von **HASSEN CHALGHOUMI**, dem als liberal geltenden Imam in der Moschee des Pariser Vororts Drancy, und dem jüdischen Künstler und Schriftsteller **MAREK HALTER**. Marek Halter soll sein Engagement für die muslimische Aktion mit den Worten begründet haben: „Ich weiß als Jude genau, wohin der Hass führt.“ Es sei gut, wenn Regierungen ihre Polizei und Armee gegen Terroristen einsetzten, „aber nur die Muslime selbst können den islamistischen Terrorismus bekämpfen.“ Die reisenden Imame kamen unter anderem aus Frankreich, Spanien, Portugal, Belgien, den Niederlanden und Tunesien; aus Deutschland fahren vier Imame mit, einer aus Hamburg und drei aus Berlin.

Von Paris fuhr der Bus nach Berlin, danach in weitere Städte, die in den vergangenen Jahren von islamistischen Anschlägen betroffen waren. Vor der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche am Breitscheidplatz in Berlin sagte Hassen Chalghoumi laut Presseberichten: „Wenn unsere Religion

vom IS zur Geisel genommen wird, müssen wir reagieren“ und der Imam HOUCINE DROUCHE aus Nîmes, es gehe um eine „Botschaft der menschlichen Brüderlichkeit gegen den Terrorismus“. Der Korrespondent der Berliner Zeitung berichtete, die Berliner Staatssekretärin SAWSAN CHEBLI (SPD) habe diese Aktion als „ein starkes Zeichen, ein Zeichen, auf das viele gewartet haben“, kommentiert. Den Reisesegen für die Imame spendeten der Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, MARKUS DRÖGE, der Berliner Rabbiner ANDREAS NACHAMA und der Dominikaner MAXIMILIAN CAPPABIANCA gemeinsam. So wurde die **islamisch-jüdische Initiative** auch **christlich-ökumenisch** anerkannt. Innerhalb des Islam gibt es über diese Tour scharfe Auseinandersetzungen. „Unter Tränen berichtete ein Mitreisender aus der südfranzösischen Stadt Nîmes darüber, welche Wagnisse die Imame mit ihrer Aktion eingingen. ‚Der Kampf ist sehr schwer, denn es gibt Bedrohungen, für die Imame und ihre Familien‘, sagte er. In manchen französischen Vorstädten [...] lasse man die Extremisten einfach agieren. Die Kinder würden in der Schule gehänselt, die reisenden Imame als ‚Kollaborateure‘ des Staates beschimpft. Und keiner wisse, was nach der Rückkehr passieren werde.“ (Zitat Berliner Zeitung). Laut TORSTEN HARMSSEN (Berliner Zeitung) habe Marek Halter bestätigt, dass einige Teilnehmer am ‚Marsch der Muslime gegen den Terrorismus‘ Todesdrohungen erhalten hätten.

Quellen: Berliner Zeitung (Torsten Harmsen 10.7.2017), S.9; <https://kurier.at/politik/ausland/bustour-durch-europa-marsch-der-muslime-gegen-terror/274.054.959>; <https://www.kirche-und-leben.de/artikel/marsch-der-muslime-gegen-den-terrorismus-in-berlin/>



Hassen Chalghoumi, Imam im Pariser Vorort Drancy (links im Bild)
– Foto: APA/AFP/François Guillot

K1/17-3-4 Katholischer Preis gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus

Im Juni hat die Deutsche Bischofskonferenz zum zweiten Mal den Katholischen Preis gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus verliehen. In der berühmten Kirche Maria Regina Martyrum in Berlin fand der Festakt, den ANNA PLANKEN von der ARD (Westdeutscher Rundfunk) moderierte, statt. Er bestand aus einem kurzen Festvortrag des Soziologen ARMIN NASSEHI, der Laudatio durch Kardinal REINHARD MARX, der Vorstellung der Preisträger, einem Podiumsgespräch mit den Preisträgern und vielen Musikeinlagen, u.a. von der Gruppe „TRIMUM – Musik für Juden, Christen und Muslime“ (s. SSIP-Mitteilungen R1/16-2). Miteinladender war Erzbischof Dr. STEFAN HESSE, der Vorsitzende der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz und Sonderbeauftragter für Flüchtlinge, der auch der Juryvorsitzende war.

Mit dem Preis werden katholische und ökumenische Initiativen ausgezeichnet, die sich in Deutschland aus christlicher Überzeugung heraus für ein respektvolles Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft sowie gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus engagieren. **130 Bewerbungen** für die Auszeichnung waren diesmal eingegangen; drei Preise und ein Sonderpreis wurden vergeben.

Ein Sonderpreis wurde der Hamburger **Schülerinitiative „K21mondial“** verliehen. Aus den 21 katholischen Schulen in Hamburg haben sich 2016 Schülerinnen und Schüler zusammengefunden, besuchten die Flüchtlingseinrichtungen und musizierten dort mit den Gleichaltrigen aus Familien von Asylbewerbern und Geflüchteten. Die daraus entstandenen neuen Klänge erfüllten die Kirche in Berlin. Das Programm beinhaltete auch Koch-Veranstaltungen, Opern-, Konzert- und Ausstellungsbesuche bis hin zur Vermittlung von Praktika. Herzstück des Projekts waren Spielzeitprojekte, an denen sich auch Künstler aus **Syrien**, dem **Iran** und aus **Afghanistan** beteiligten. Ein Resultat war die Aufführung „Israel in Egypt“ im Februar 2016.

Den **Ersten Preis** erhielt die Initiative „Sach wat! Tacheles für Toleranz“ aus Essen. Die Mitarbeiter des Diözesan-Caritasverbandes, die

sich hier zusammengefunden haben, bieten in Kneipengesprächen rechten Gesinnungen und fremdenfeindlichen Reden Paroli. Sie offerieren Argumentationstrainings, vermitteln Strategien gegen xenophobe Ressentiments und veranstalten Workshops gegen Hassreden. „Sach wat!“ ist auch ihr Minimalrezept gegen rechten Populismus – den Mund aufmachen, und sei es nur, um deutlich zu sagen, dass man die rechte Meinung nicht teilt, ist das mindeste, was jeder tun kann, und allemal besser, als zu schweigen, empfahl die Gruppe. Es gab keinen dritten Preis. Der **Zweite Preis** war zweigeteilt worden. Zum einen ging er an die Initiative „bleib.mensch“ in **Grevesmühlen** (Mecklenburg-Vorpommern), eine Gruppe von Bürgern, die in einer ausgeprägt rechtsextremen Szenerie Geflüchteten individuelle Unterstützung zuteil werden lassen und unter anderem ein Begegnungscafé aufrechterhalten. Die Bürger, die die zweite Hälfte des Zweiten Preises erhielten, haben unter ähnlich widrigen Umständen gewirkt. In **Salzweg** nahe Passau wurde mitten im Ort ein aufgelassenes Hotel zur Flüchtlingsunterkunft bestimmt, woraufhin sich eine fremdenfeindliche Bewegung erhob, die sich dafür einsetzte, den „Salzweger Hof“ rasch abzureißen, bevor Flüchtlinge würden einziehen können. Dagegen behauptete sich der Helferkreis für Asylbewerber, der in die Unterkunft ging und die Asylbewerber in ein familiäres Leben einbezog. Seit Ende 2013 setzt sich die örtliche katholische Kirchengemeinde gemeinsam mit Vertretern der evangelischen und der muslimischen Gemeinde vor Ort für eine lebendige **Willkommenskultur** ein. Nach „verheerenden Gemeinderatssitzungen“ in der Vergangenheit habe sich inzwischen die Stimmung im Ort völlig gedreht, konnte ein Sprecher der Unterstützer triumphierend berichten. Nun kämen sogar die „fremden“ Kinder in die Unterkunft, sagte er aus Versehen, und erntete mit diesem unfreiwilligen Versprecher, mit dem er die deutschen Kinder meinte, rauschenden Beifall.

In seiner Laudatio fand der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, eindeutige Worte. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit seien mit dem katholischen Glauben nicht vereinbar. **Christentum** bestehe in der Überzeugung: „Zuerst ist jemand ein Mensch“, und jeder Mensch sei ein Geschenk Gottes

K. Kooperationen



K

mit einer Botschaft, die er in die Welt trage. Es gebe nicht nur einen islamistischen Terror, sondern auch einen Terror von rechts, der sich in **Hassrede** und in abstrakten **Feindbildern** wie dem Kollektivsingular „die Muslime“ äußere. An dieser Stelle brandete Beifall auf. „Es ist eine unhistorische Sicht, als gebe es so etwas wie **eine geschlossene Kultur**“, sagte er. Um des künftigen Friedens willen müsse eine Gesellschaft mit unterschiedlichen Kulturen, Sprachen und Lebensweisen unser **Ziel** sein. „Gott segregiert die Völker nicht.“



Berlin. Maria Regina Martyrum: Empfang bei der Verleihung des Katholischen Preises gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus (Foto: © Triebel)

Prof. Armin Nassehi sprach fidel über das Paradox „**Vertraute Fremde**“. Die „paradoxe Figur des Fremden“ vereinigt Angst und Neugier. Den Menschen fasziniere das Fremde immer mehr als das Vertraute. Den Fremden statten wir mit Bildern aus, weil wir uns auf ihn, den wir nicht kennen, einen Reim machen wollen. Daher sei der Fremde allemal besser beschreibbar als das Eigene. Dem Fremden dichten wir Unbewiesenes an, das im herrschenden Diskurs anschlussfähig ist. „So entstehen **Stereotype**.“ Ja — es gibt kulturelle „Inkompatibilitäten“, aber „es gibt auch immer Brücken.“ Die Brücken entstehen durch das Engagement von unten, so wie es die katholische Soziallehre vorsehe. Wann hört jemand auf, ein Fremder zu sein? Dann, wenn das Merkmal „Fremder“ nicht mehr das einzige ist, das die Person beschreibt; das nimmt Nassehi als Indikator für „**Integration**“. Und das Integrieren gelingt, wenn man mit dem Fremden spricht statt über ihn. Augenzwinkernd rief Nassehi denjenigen, die davor warnen, „**wir können nicht alle aufnehmen**“, zu, sie sollten unbesorgt sein: „Es würden auch nicht alle kommen.“

Quelle: AT; <http://www.dbk.de/katholischer-preis-gegen-fremdenfeindlichkeit-und-rassismus/home/>

K2/17-3 SaduNet

Mit einem Alumni-Seminar hat sich das „Netzwerk der Syrischen Absolventen Deutscher Universitäten e.V.“ (SaduNet) an der Technischen Universität Berlin (TU) am 4. November vorgestellt. Die TU, die Gastgeberin und Mitveranstalterin war, konnte mit diesem ersten Auftreten von SaduNet auf ihrem Campus zufrieden sein. Es waren ca. 50 Interessierte gekommen. BETTINA KLOTZ von der Stabsstelle Presse begrüßte die Anwesenden. Dr. NAZIR PEROZ, der Leiter des Zentrums für internationale und interkulturelle Kommunikation der TU hielt selber ein Impulsreferat.



Das Thema der Versammlung lautete „Zukunftsweisende Infrastrukturen. Deutsche Expertise – Syrische Bedarfe“ und zeigte an, welches eines der Hauptanliegen von SaduNet ist: Die syrischen Studierenden und Wissenschaftler, die aus Syrien geflohen sind, auf die Rückkehr in ihr Land vorbereiten und Verbindungen zwischen ihnen und bundesrepublikanischen Studierenden und Wissenschaftlern herstellen, um mit der gemeinsamen Expertise Syrien wieder aufzubauen.

Die syrischen Wissenschaftler erhoffen sich Anregungen aus dem deutschen Ausbildungssystem, etwa vom dualen System der beruflichen Bildung, welches in Syrien nicht eingeführt ist, und aus

dem deutschen Bildungssystem, welches Dr. HASAN MULKI (Beuth-Hochschule, vormals Aleppo) in seinem Referat über „Lernstile und Innovationsmanagement“ sehr lobte. Das **Bildungssystem in Syrien** sei zu stark auf Auswendiglernen ausgerichtet, ihm mangle die Gewöhnung an Diskussionen, es übe zu wenig das analytische Denken, und **Studienfachwahl** als orientierte Entscheidung der Lernenden gebe es eigentlich nicht, sondern stattdessen eine Zuweisung zu Studienfächern nach dem jeweils erreichten Notendurchschnitt. In der Diskussion wurde leider nicht der Frage nachgegangen, was auf der anderen Seite deutsche Studierende und Wissenschaftler von den syrischen Kolleginnen und Kollegen lernen können.

SaduNet will eine Anlaufstelle für alle geflüchteten syrischen Studierenden und Wissenschaftler sein, allgemeine und spezielle Beratung bieten und besonders versuchen, etwas gegen die verbreitete Arbeitslosigkeit zu tun. Schätzungsweise leben drei Mill. Syrer in der Bundesrepublik, sagte Prof. Dr. ABDUL GHANI MAA BARED, der ehemalige Präsident der Universität Damaskus und temporärer Vorstand von SaduNet; rund die Hälfte sind vor dem Krieg geflüchtet. Die Gruppen, die SaduNet ansprechen will, sind v.a.:

- Etwa 1000 Studierende wurden ab 2003 von den syrischen Universitäten zur Promotion in Deutschland ausgewählt („delegiert“) und kamen z.T. mit Hilfe des DAAD. Für sie soll weitere Qualifizierung gesucht, sollen ggf. pädagogische Kurse angeboten werden.

- Viele Studierende sind in die Bundesrepublik gekommen, weil sie ihr Studium in Syrien abbrechen mussten.
 - Es gibt Flüchtlinge mit relativ geringer Ausbildung, Landwirte, Handwerker; für sie soll in Zusammenarbeit mit den Industrie- und Handels- und den Handwerkskammern gesorgt werden.
 - Es gibt Angestellte aus dem syrischen Staatsapparat, die nach Deutschland geflüchtet sind (z.B. allein 80 syrische Polizeioffiziere). Für sie müssen Praktika und Ausbildungsprogramme entwickelt werden.
- Schließlich steht SaduNet, wie Prof. Dr. Maa Bared in seinem Eingangsreferat betonte, ganz allgemein für die „Förderung des **Völkerverständigungsgedankens**“.

In der Abschlussdiskussion wurden lebhaft Fragen gestellt — von der Verwertbarkeit der Trümmer für künftige Neubauten bis zu den politischen Voraussetzungen des Wiederaufbaus der Gesellschaft und der politischen Lage, die man am Ende des Krieges vorfinden werde. Diese letzten Fragen, die die Dimension technischen Denkens hinter sich lassen, fanden auf Seiten der Podiumsteilnehmer leider wenig Resonanz.

T. Inter- kulturelle Tourismus- politik

T_{1/17-3-4} Jugendliche im Ausland

Sich verändernde politische Systeme, zunehmend nationalistische Tendenzen, steigende Kritik an der EU und ihren Institutionen bis hin zu einem größer werdenden Zuspruch von populistischen oder rechtsgerichteten Parteien – all das sind Entwicklungen, die auch im fachlichen Diskurs der Internationalen Jugendarbeit eine bedeutende Rolle spielen. Welchen Einfluss nehmen derartige

Entwicklungen auf das Arbeitsfeld? Welchen Beitrag können Akteurinnen und Akteure der Internationalen Jugendarbeit leisten, um, negative Folgen zu verhindern oder sie zu mildern? Welche Voraussetzungen müssen dafür erfüllt sein? Mit diesen Fragen haben sich die Autorinnen und Autoren einer Veröffentlichung in der Schriftenreihe „Internationale Jugendmobilität“ bei *transfer* e.V. auseinandergesetzt.

Internationale Jugendarbeit im Kontext aktueller politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen (Schriftenreihe Internationale Jugendarbeit; Heft 2017), hrsg. v. *transfer* e.V. (Köln 2017).

Auf insgesamt 186 Seiten sind vielfältige Beiträge aus Wissenschaft und Praxis auch aus dem europäischen Ausland zusammengestellt (Inhaltsverzeichnis nebenstehend).

Die Schriftenreihe kann zu einem Preis von 10€ unter service@transfer-ev.de bestellt werden, oder bei: *transfer* e.V., Grethenstraße 30, D-50739 Köln, Tel. 0221 / 95921-90, Fax 0221 / 95921-93.

Text: transfer (PM3.11.17–17:46).

- 6 50 Jahre IJAB – 50 Jahre internationale Zusammenarbeit
Marie-Luise Dreber
- 14 Stellung beziehen – Über das Potenzial internationaler kultureller Bildung für mehr Demokratie und Toleranz in Europa
Rolf Witte
- 19 Langfristiger Schüleraustausch im Spannungsfeld politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen weltweit
Viktoria Dessauer, Uta Julia Wildfeuer
- 28 Youth work in Turkey 2017: The old new
Yörük Kurtaran
- 40 The Future is no longer what it used to be – Brexit, youth in the UK and Europe
Susie Nicodemi, Mark E. Taylor, Howard Williamson
- 53 „...in einer Welt, die aus den Fugen geraten scheint“ – Internationale Jugendarbeit als Multiplikatorin der Demokratie?
Sandra Kleideiter
- 65 Kosmopolitische Identität als Zieldimension Internationaler Jugendarbeit – ein Diskussionsvorschlag
Daniel Poli
- 85 Weltgesellschaftliches Lernen auf Begegnungsreisen im globalen Nord-Süd-Kontext – Empirisch-rekonstruktive Befunde aus Bolivien, Ruanda und Deutschland
Susanne Krogull
- 99 Über den politischen Sinn und Nutzen Internationaler Jugendarbeit – Erfahrungen aus einer Lehrveranstaltung
Katja Pöttsch-Martin
- 107 Internationalisierung von Bildung und internationale Jugendmobilität in ländlichen Räumen
Prof. Dr. Anatoli Rakhkochkine
- 115 Mehr Auslandsaufenthalte im Rahmen einer Berufsausbildung
Stefan Metzdorf
- 120 Aus Erfahrungen lernen – Interkulturelle Entwicklungsräume durch Auslandserfahrungen für jeden jungen Menschen!
Heike Lorenz
- 130 Qualitätsstandards bei Sprachreisen
Julia Richter
- 138 Bundesweites „Bündnis Schul- und Klassenfahrten“: kontinuierliches Bohren dicker Bretter
Werner Müller
- 142 Ein umfassendes Schutzkonzept für Kinder- und Jugendreisen zum Schutz vor sexualisierter Gewalt
Una Kliemann
- 151 Das BundesForum Kinder- und Jugendreisen e.V. – 20 Jahre Stärkung des Kinder- und Jugendreisens
Nora Wollny
- 154 Einführung der European Youth Card in Deutschland
Klaus Eickmeier, Sandra Türk
- 158 Die Zertifizierung als Jugendreise Destination - Ein Qualitätssystem des Reisetz e.V.
Andreas Pahl, Helge Maul
- 163 Forschung und Praxis im Dialog 2017: Zielgruppenerreichung im Fokus
Andreas Rosellen
- 169 TiB – Seminare: Qualifizierung, Vernetzung und Innovation im Kinder- und Jugendreisen
Oliver Schmitz
- 174 Pazar - Mädchen machen sich stark!
Lena Schulte-Michels
- 176 „JugendAuslandsBerater“ (JAB NRW)
Michel Roever
- 179 Kompetenzzentrum für Menschen mit Migrationshintergrund (KOMI)
Ivy Owusu-Dartey

W1/17-3-4 **Entwicklungs-
zusammenarbeit:
Was soll sich wie
entwickeln?**

Aus Anlass der Bundestagswahl lud BROT FÜR DIE WELT am 26. Juni in sein Haus in der Berliner Caroline-Michaelis-Straße ein. Es sollte zurückgeblickt werden, was sich im Bereich der Entwicklungspolitik in der zu Ende gehenden Legislaturperiode getan hat, und die entwicklungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen sollten Auskunft geben, mit welchen Konzepten die politischen Parteien in die entwicklungspolitische Zukunft zu gehen gedächten. Wer und was sollte sich ihrer Meinung nach in den nächsten Jahren wie beziehungsweise wohin entwickeln? Und wie sollte ihrer Meinung nach Politik für eine nachhaltige Entwicklung künftig organisiert werden? Dazu äußerten sich unter der Moderation von TILLMANN ELLIESEN, der seit 2008 Redakteur beim Magazin WELTSICHTEN ist:

- SIBYLLE PFEIFFER (CDU/CSU)
- STEFAN REBMANN (SPD)
- HEIKE HÄNSEL (Die Linke)
- UWE KEKERITZ (Bündnis 90/Die Grünen)

Für die Zuhörer, die zahlreich im Saal harrten, war es indes kaum möglich, von den Stellungnahmen der Podiumsteilnehmer auf die Einstellungen der Parteien, für die diese dort saßen, rückzuschließen; denn wiederholt warnten v.a. Pfeiffer und Rebmann, die Politik der Entwicklungszusammenarbeit sei ein Feld spezieller Fachkenntnisse und Einstellungen, für das sie sich häufig genug im Widerstreit mit ihren eigenen Parteien fänden. Andererseits konnten mindestens diese beiden oft nicht der Versuchung widerstehen, als Werbeträger für ihre Partei aufzutreten — mit sanften Fußstritten gegen den Konkurrenten, den man im übrigen kollegial wertschätzend behandelte. So setzte Sibylle Pfeiffer auf die erste Frage des Moderators, was nicht gelungen sei, sogleich zu einer Fensterrede über die erfolgreiche CDU-Politik an und musste ein zweites Mal aufgefordert werden; die Antwort schließlich war entwaffnend: „Es fehlt nur relativ wenig“, und das Wenige sei, so verstand man, eigentlich Sache der anderen: Die „eigene wirtschaftliche Entwicklung in den Ländern“ sei nach wie vor ein Problem. Uwe

Kekeritz erwähnte in seiner Antwort als einziger, aber sehr schnell dahingesprochen und ironisch verschwurbelt **das 0,7%-Ziel** des Anteils von Entwicklungs-Geldern am BSP. Diese Richtzahl haben alle Bundesregierungen der vergangenen Jahrzehnte in voller Absicht und mit offenen Augen grandios missachtet (es wurden im besten Fall ca. 0,4% erreicht, vgl. SSIP-Mitteilungen z.B. M2/15-3, S.27).

Zum Diskussionspunkt **Afrika** beherrschte Heike Hänsel mit ihren Argumenten gegen EPA (*Economic Partnership Agreement*)-Abkommen, d.h. von der EU geförderte Freihandelszonen zwischen der EU und den 78 AKP-Staaten, die Diskussion. Das sei „keine Politik“; diese Art von „Wirtschaftspartnerschaft“ sei eine neoliberale Erpressung im Gewand des Wettbewerbs um Investitionen. Sie werde soziale Ungleichheiten in den Ländern, die zumeist altes europäisches Kolonialgebiet sind, vertiefen. Sie forderte, die EU müsse ihre **Handelspolitik** ändern. Sibylle Pfeiffer verteidigte die EPA-Politik — „Wir brauchen Leuchttürme“; im übrigen dürfe sich jeder Staat „freiwillig melden“. Vorrangig sei es, dass „die innerhalb Afrikas ihre Zölle abbauen“. Bitter beklagte sie sich über die Unzahl von Afrika-Papieren, die jetzt jeder selbsternannte Entwicklungspolitiker produzieren zu müssen glaube, und Rebmann erklärte unbestimmt, Afrika sei kein Gebiet, für das man Pläne machen könne. Ans Ende seines Beitrags plazierte er eine überraschende Frage: „Wie können wir Entwicklungszusammenarbeit gestalten?“

Welche Rolle spielt die **Agenda 2030**?, fragte der Moderator die Parteienvertreter. Welche Bedeutung haben die „Ziele für nachhaltige Entwicklung“ (*Sustainable Development Goals*, SDGs)? Lässt sich daraus ein neues Entwicklungsverständnis ableiten? Heike Hänsel hatte eine klare Antwort parat. Statt solcher Formate wie G7 oder G20 solle lieber das UN-System gestärkt werden. Die G-Formate schwächten schon durch ihre Existenz das UN-System. Außerdem könne nur mit den UN der Steuerflucht der multinationalen Unternehmen entgegengetreten werden. Uwe Kekeritz warf ihr postwendend vor, man müsse die G-Formate zur Kenntnis nehmen und dürfe sie nicht ignorieren. Hatte man ihr nicht zugehört?

W. Welt- innenpolitik



Das Verhältnis von „Fluchtursachenbekämpfung“ und Entwicklungshilfe ist eine in Experten-diskussionen oft behandelte Frage, die auch weite Teile der Öffentlichkeit, die sich von abgerissen eintrudelnden Einwanderern bedroht fühlt, interessiert. Sie warf auch Elliesen in die Runde. Sibylle Pfeiffer replizierte umgehend: „100 Millionen flüchten nach Europa, wenn die Klimapolitik scheitert.“ Da konnte Kekeritz nur genervt die Augen verdrehen: „100 Millionen ist eine Phantasiezahl“. Fluchtursachenbekämpfung ist ein Unwort, befand Rebmann. Einig waren sich alle darin, dass Entwicklungszusammenarbeit kein Werkzeug der Einwanderungspolitik sei und „Flüchtlingskrisen“ nicht lösen könne. Rasch kam aber eine heikle Frage zur Sprache – Migrationsabkommen **nur mit „guten“ Staaten?** Klare Aussagen traf zu diesem Punkt niemand. Allerdings herrschte ein allgemeines Unbehagen gegenüber dem Grundsatz „*less for less*“ (weniger Finanzierungen für Länder, die in der „Flüchtlingsfrage“ nicht „kooperieren“) – auch bei Stefan Rebmann, der sich darin vom ehemaligen SPD-Vorsitzenden Gabriel vorsichtig distanzierte.

Muss sich, so fragte Elliesen, Europa in Syrien stärker „engagieren“? In diesem speziellen Fall eines Bürgerkriegslandes, das vor Europas Haustür liegt, reagierten die Podiumsteilnehmer unterschiedlich. Hänsel bezog klare Stellung gegen jedes Engagement militärischer Art, unter

anderem weil die meisten Flüchtlinge aus Kriegsgebieten kämen. Kekeritz wies darauf hin, dass man mit Sicherheitspolitik nicht immer gleich Militär assoziieren müsse. Den Aufbau von **Polizei** solle man unterstützen; denn dass die den Verkehr regele, sei ja gut. Sibylle Pfeiffer erklärte: „Wir können keinen Frieden schaffen ohne Waffen“ – in Syrien reiche es nicht, „**Luftballons** zu verteilen“. Sollte es Sarkasmus sein, als sie sagte, man solle sich nicht so viel Sorgen machen – man werde die von US-Präsident Trump geforderten 2% Natobeitrag und damit die Erhöhung der Ausgaben für die Bundeswehr ebensowenig erreichen wie man seinerzeit das 0,7%-Ziel der Entwicklungshilfe erreicht habe?

Zwei zukunftsweisende Einsichten kamen in dieser Diskussionsrunde, die zwischen kollegialem Du und diskursschwachem Aneinandervorbeireden oszillierte, immer wieder zum Vorschein: Die Politik der Sicherheit ist von der Politik der Entwicklungszusammenarbeit zu trennen, und die Entwicklungszusammenarbeit muss stärker eine multilaterale Unternehmung werden und ein Gegenstand europäischer Politik. Aber die EZ-Politiker stehen so lange alleine, stellte Rebmann deprimiert fest, wie den Bundesbürgern „der verrutschte Gully-Deckel wichtiger“ sei als die Zwei-Drittel-Welt. AT

W_{2/17-3-4} UNO in der Krise

Der Verein „Haus für die Vereinten Nationen“ in Berlin, die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN), das *World Future Council* (WFC), der Fachausschuss für Internationale Politik, Frieden und Entwicklung der Berliner SPD und das *Sekretariat für Zukunftsforschung* an der FU Berlin (SFZ), ihnen allen ist an der Stärkung des Systems der internationalen Kooperation im Rahmen demokratischer transnationaler Organisationen gelegen, und sie hatten am 25. Oktober zu einer Podiumsdiskussion in das Rathaus Berlin-Tiergarten eingeladen, um anhand der Frage

UNO in der Krise?

über eine „UNO-Reform zur Sicherung der Menschenrechte und des Friedens weltweit“ zu

diskutieren. Die Veranstaltung endete indes mit einem **Paukenschlag**.

Die Expertenrunde bestand aus

- HANNAH BIRKENKÖTTER (Mitglied des Bundesvorstandes der DGVN und Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Verfassungsrecht und Rechtsphilosophie der Humboldt-Universität),
- Prof. Dr. KLAUS HÜFNER (ehem. Präsident und jetzt Ehrenmitglied der Deutschen UNESCO-Kommission und Ehrenvorsitzender des Berliner Komitees für Unesco-Arbeit e.V.),
- Dr. GUNTER PLEUGER (Staatssekretär im Auswärtigen Amt a.D., ehem. Leiter der Ständigen Vertretung Deutschlands bei den VN in New York und als solcher für kurze Zeit Vertreter



- Deutschlands im Weltsicherheitsrat),
- PHILIPPA SIGL-GLOECKNER (Mitarbeiterin im Analyst Office „*The World Bank – Innovation Lab*“ des Präsidenten der Weltbank und ehemalige Beraterin des Ministers für Finanzen und Entwicklungsplanung der Republik Liberia) und
 - Dr. KERSTIN LEITNER als Moderatorin (1975–2015 UN-Mitarbeiterin, ehem. Beigeordnete in der Generaldirektion der Weltgesundheitsorganisation WHO; Mitglied des Präsidiums der DGVN).

Die einführenden Worte sprach Prof. Dr. ROLF KREIBICH (ehemaliger FU-Präsident; Vorsitzender des Vereins „Haus für die Vereinten Nationen e.V.“; Ratsmitglied im *World Future Council*). Darin machte er deutlich, dass wir immer noch in einer Zeit der Unübersichtlichkeit leben, in der die großen Linien der Gegenwart und der Zukunft unklar seien. Während die Globalisierung allgemein als eine Gefahr gesehen werde, gebe es **in der Bundesrepublik keine weitsichtige Politik**. Sein Fazit: „Wir sind nicht zukunftsfähig“.

Kerstin Leitner wies eingangs auf § 3 von Art. 1 und auf Art. 55 der Charta der Vereinten Nationen hin,¹ wo Gleichbehandlung und Einhaltung der Menschenrechte verbindlich vorgeschrieben sind. 193 Staaten haben das als VN-Mitglieder unterzeichnet. Das Gefühl, dass die UNO in der Krise ist, leitet sich von dem Eindruck ab, dass diese Grundsätze auch nach mehr als 50 Jahren nicht eingehalten werden.

Dr. Pleuger trat zunächst dem verbreiteten Irrtum entgegen: Die UNO ist **keine Weltregierung**, sondern sei eher als eine „ständige Konferenz der Mitgliedsstaaten“ zu beschreiben. Die UNO sei stark, weil Völkerrecht nur auf zwei Wegen zu setzen möglich sei: entweder durch Gewohnheitsrecht oder eben durch die UNO. Außerdem sei die UNO stark durch ihre **Partnerorganisationen**, die Hochkommissare und die NGOs. Allerdings habe das System gravierende Mängel. Beispielsweise seien der Generalversammlung vielfach die Hände gebunden, weil Art. 12 der Charta es verbiete, dass sie in einer internationalen Streitigkeit Empfehlungen abgebe, solange sich der Sicherheitsrat mit dieser Streitigkeit befasse. Weiterhin sei durchgängig zu beobachten, dass die Mitglieder in erster Linie ihre eigenen

Interessen verfolgten. Schließlich wies Pleuger auf die zahlreichen internationalen Gruppierungen wie G8, G20, die BRICS-Staaten usw. hin, die formal außerhalb des UNO-Systems arbeiten.

Friedenssicherung gehört laut UN-Charta zu den vorrangigen Zielen der VN — aber wer setzt das durch?, fragte Pleuger. Die Menschenrechte sind ein normatives Gebot — aber dem steht der Grundsatz ‘Keine Einmischung in innere Angelegenheiten eines Staates’ entgegen. Das Right to Protect (RTP) sei mittlerweile allgemein anerkannt — aber wer setzt es durch? Und wer entscheidet darüber, wer es durchsetzen darf? **Das Dilemma** brachte Philippa Sigl-Gloeckner auf den kurzen Nenner, die Menschenrechte und die Staatensouveränität kollidieren häufig; aber die Achtung der Souveränität sei die Grundlage für die Wirksamkeit jeder Entwicklungspolitik.

Die Bilanz lautet also: Mit der derzeitigen UNO ist wenig Staat zu machen. Dem stimmte PROF. HÜFNER mit sarkastischer Miene zu. Die faktische Wirksamkeit stehe in markantem Gegensatz zu der Flut von Interventionen und Berichten aus allen möglichen Kommissionen, die in die Welt hinausgesendet werden. Seine Hoffnung ruhe auf den **NGOs**. Sigl-Gloeckner erwähnte die Streitigkeiten der VN-Organisationen untereinander; die lange Auseinandersetzung zwischen UNESCO und Weltbank über die Gebührenfreiheit der Primarschulbildung sei nur ein Beispiel. Auch Hannah Birkenkötter sieht in den NGOs den Keim für eine „**transnationale, vernetzte Zivilgesellschaft**“, wenngleich sie sich nur im Kielwasser von Staaten zur Geltung bringen könnten.

Blieb für Frau Dr. Leitner die letzte Frage zu stellen: **Wie Reformen durchsetzen?** Ob die Agenda 2030 ein probates Vehikel sei? Nein, entgegnete Philippa Sigl-Gloeckner; den Geldhahn zudrehen sei dagegen ein ziemlich wirksames Mittel, allerdings verliere auch Stimme und Einfluss, wer Geld zurückhalte. Einigkeit herrschte, dass die *Social Development Goals* der Agenda 2030 **keine Chance** haben, insbesondere wenn das derzeitige Wirtschaftssystem beibehalten werde. „Die Zeit der großen Programme ist vorbei.“ Das zivilgesellschaftliche Engagement müsse in Zukunft „tiefer gehen“. Ein Vorschlag kam aus dem Publikum: Das Vetorecht des Sicherheitsrates

¹ VN-Charta Artikel 1 (www.unric.org/de/charta) Die Vereinten Nationen setzen sich folgende Ziele: [...] 3. eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen; [...].

VN-Charta Artikel 55 (www.unric.org/de/charta)

Um jenen Zustand der Stabilität und Wohlfahrt herbeizuführen, der erforderlich ist, damit zwischen den Nationen friedliche und freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen herrschen, fördern die Vereinten Nationen

a) die Verbesserung des Lebensstandards, die Vollbeschäftigung und die Voraussetzungen für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt und Aufstieg;

b) die Lösung internationaler Probleme wirtschaftlicher, sozialer, gesundheitlicher und verwandter Art sowie die internationale Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur und der Erziehung;

c) die allgemeine Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion.

abschaffen! Beifälliges Nicken auf dem Podium. Jemand gab das Stichwort: „Abschaffung der VN“ – ungerührt replizierte Prof. Hüfner, das wäre „wünschenswert“. Da war er, der **Paukenschlag**.
AT

Nachrichten für Mitglieder

SSIP 1/17-3 Der SSIP begrüßt ...

als neues Mitglied Herrn **Ferdinand Niedlich**. Ferdinand Niedlich ist 1981 in Strausberg geboren und in Altlandsberg bei Berlin aufgewachsen. Er war 1½ Jahre über Aktion Sühnezeichen in Belgien und hat dort einen Freiwilligendienst geleistet. An der Universität Potsdam hat er Politikwissenschaften studiert und dort aufgrund von Leitfadeninterviews seine Diplomarbeit über Skinheads in der Szene anderer subkultureller Jugendmilieus geschrieben: „Kultur und Ausgrenzung, am Beispiel der **Skinheads**“. Ferdinand Niedlichs besonderes Interesse gilt Fragen der personalen Identität und der kollektiven Identität und der Wechselbeziehung zwischen beiden. Er hat rund zehn Jahre in der privaten Kulturbranche Berlins gearbeitet und hat nun eine Stelle als Lehrer für Politik angetreten.



Relaunch der SSIP-Website



<http://www.ssip-web.de/>

Endlich ...

Nachdem sie lange brachgelegen hat, ist die SSIP-website jetzt renoviert. Wir danken Markus Lohmann aus dem Vorstand, der sich in den vergangenen Monaten unseres hoffnungslos veralteten Internet-Auftritts angenommen hat. Wir haben die Inhalte redigiert und ergänzt; die äußere Gestalt präsentiert sich völlig neu und hoffentlich einladend.

Noch sind nicht alle Seiten fertig und eingebaut; aber Besuche sind jetzt willkommen und Kommentare und weitere Anregungen (mitteilungen@ssip-web.de) gern gesehen.

Call for Participation

Wer möchte an einem **Workshop in Kooperation mit SIETAR Nederland** zum Thema:

Depolarization and Dialogue – Polarisierung in westlichen Gesellschaften



SIETARNEDERLAND

teilnehmen?

Das Selbstverständnis der westlichen Demokratien nach dem Zweiten Weltkrieg beruht auf der Vorstellung, die Prinzipien aufgeklärter Regierung führten zu gesellschaftlicher Balance und einem Ausgleich der Gegensätze. Nach den sozialen und politischen Revolutionen, die das „Jahrhundert der Extreme“ geprägt haben, herrscht in Europa die Zielvorstellung, dass der Kapitalismus durch eine soziale Marktwirtschaft gezügelt sein müsse und dass politische Extreme und Gewalt durch Deliberation, Partizipation und Zirkulation von Eliten entschärft werden können. In der Theorie der Gesellschaft, soweit sie in Deutschland von Habermas geprägt war,

galt kommunikative Rationalität als Leitidee aufgeklärten politischen Handelns. Seit den 1990er Jahren entwickeln sich in den westlichen Gesellschaften indes ungeahnte soziale und kommunikative Gräben. Was die intellektuelle Klasse gegenwärtig besonders irritiert, ist die Wahrnehmung, dass nicht nur kleine Gruppen einer außerparlamentarischen Opposition, sondern große Teile der Gesellschaft den Grundkonsens gewaltfreier Interessendurchsetzung und rationalen Kommunizierens nicht mehr zu akzeptieren scheinen. Der Einsatz von **Feindbildern** v.a. gegen als fremd markierte Menschen erreicht nicht vorhergesehene Ausmaße.

Angesichts dieser Entwicklungen muss man sich fragen, was all die Bemühungen um „interkulturelles Training“ und „*diversity training*“ in den vergangenen Jahren eigentlich bewirkt haben. Was können wir demgegenüber von der neueren Forschung wie den Leipziger „Mitte“-Studien und den Untersuchungen des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung für die Verwendung von Stereotypen, Vorurteilen und Feindbildern heute **lernen**?

Ein SSIP-Mitglied **in den Niederlanden** ist auch Mitglied bei **Sietar Nederland** und hat ange-regt, zusammen mit **Sietar Nederland** und weiteren Organisationen eine Tagung zum Thema „Polarisierung und De-Polarisierung der Gesellschaft“ zu veranstalten. Denn bekanntlich gibt es auch bei unseren niederländischen Nachbarn heftige Diskussionen um Rassismus, Xenophobie und Islamophobie—angefangenvonGeertWilders bis zu den Auseinandersetzungen um den „Zwarte Piet“. Wie in Deutschland verursachte die Präsenz von Flüchtlingen neben der Hilfsbereitschaft Freiwilliger auch dort unerwartet heftigen Widerstand einiger Bevölkerungsgruppen. Auch in den Niederlanden besteht das Bedürfnis, diese Polarisierungen zu entschärfen; dazu sind eine Reihe von neuen Initiativen entstanden. Es hat sich eine Koalition von mehr als 50 Organisationen gebildet, die den wachsenden Polarisierungstendenzen in der niederländischen Gesellschaft entgegenwirken will. Darunter sind Organisationen wie das Niederländische Flüchtlingswerk, *Ärzte ohne Grenzen*, Entwicklungshilfeorganisationen, Kirchen, humanistische Organisationen, PAX, *Greenpeace*, das Rote Kreuz, das Nationale Olympische Komitee, UNICEF, UNHCR, Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen.

In der Zusammenarbeit von Wissenschaftlern und Experten für Bildung und Training zielt dieses Bündnis darauf ab, einen nachhaltigen

Ansatz zu entwickeln, um Verständnis, Empathie und Verbindung zwischen den Bürgern auszuweiten. Inzwischen hat diese Koalition Früchte getragen – auch in Form von aktueller Forschung –, und mehrere Organisationen haben neue Depolarisierungs-Trainings entworfen. Diese Trainings bauen auf anderen auf, die in den vergangenen Jahren in den Niederlanden etwa im Bereich der De-Radikalisierung und der Förderung von Gewaltlosigkeit entwickelt wurden.

Die geplante deutsch-niederländische Tagung soll dem **Erfahrungsaustausch** zwischen politisch und **kommunalpolitisch** Engagierten und Wissenschaftlern dienen, zur Entwicklung der Theorie beitragen und die Entwicklung von **Methoden** und Praktiken voranbringen. Die Verhütung von Vorurteilen und die Abwehr von Feindbildern sind Themen des SSIP seit seiner Gründung. Wir gewinnen mit dieser Initiative eine fabelhafte Chance, den Kenntnisstand niederländischer Kolleginnen und Kollegen und ihre Ideen dazu kennenzulernen und über den Tellerrand der deutschen Diskussion hinauszuschauen. Inzwischen haben Vertreter der niederländischen Koalition erkennen lassen, dass sie den Austausch mit deutschen Kollegen auf so einer Konferenz sehr schätzen würden.

Als **Termin** für dieses Zusammentreffen kommen aus Sicht der niederländischen Organisationen die Tage des 21., 22., 23. **Juni 2018** infrage. Wer kann hier mitmachen?

Gefragt sind Beiträge aller Art: Stellungnahmen und Beispiele von *best practice* oder Literaturberichte. Wer mit einem Referat oder einem Impulsvortrag teilnehmen möchte, möge sich bitte mit der Geschäftsstelle in Verbindung setzen: SSIP e.V., Wielandstr. 35, 12159 Berlin, triebel@ssip-web.de

Der SSIP hat sich unter anderem aus Kostengründen von der BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT getrennt. Ab 1. September ist das dort geführte Konto erloschen. Wir haben eine neue Bankverbindung mit der IBAN-Nummer DE51 4306 0967 1218 6594 00 bei der GLS-BANK in Bochum (BIC: GENODEM1GLS).

Wegen der technischen Umstellungen, die die Banken dem Kunden auferlegen, kann der Einzug der Mitgliedsbeiträge des Jahres 2017 bei den Mitgliedern, die uns das gestattet haben, erst in der ersten Februarhälfte 2018 erfolgen.

SSIP-Tagungskalender

Der Tagungskalender ist eine Dienstleistung des SSIP für seine Mitglieder, um Informationsmöglichkeiten bereitzustellen und um Trends der Forschung abzubilden. Deswegen wird immer auch ein Rückblick auf die Veranstaltungen des vergangenen Vierteljahres geboten. Der SSIP fertigt diese Zusammenstellung aus verschiedenen Quellen an; Irrtümer und Übermittlungsfehler sind immer möglich. Die Mitglieder werden gebeten, Angaben bei Bedarf noch einmal zu überprüfen.

1. Halbjahr 2018

European History across Boundaries from the Sixteenth to the Twentieth Century

24. – 26.1.2018

Mainz: Leibniz-Institut für Europäische Geschichte

Doktoranden aus aller Welt sind eingeladen, ihre Dissertationen vorzustellen. Das Thema geht so weit, dass es auch Europas Beziehungen zum Rest der Welt umfasst. Alle Themen interessieren, die es mit dem Überqueren von Grenzen zu tun haben bzw. solche (*boundaries and borders*) reflektieren (vergleichende Studien, Studien über Transferprozesse).

Dieser Graduierten-Workshop findet statt in Kooperation mit Lyndal Roper (*Regius Chair of History*) an der Universität Oxford. *Call for papers* bis 16.7.2017

Quelle und weitere Informationen: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=34180>; <http://www.ieg-mainz.de>

Geteiltes Erbe. Trans- und interkulturelles Kulturerbe im euro-afro-mediterranen Raum

25. – 26.1.2018

Stuttgart: Institut für Auslandsbeziehungen (ifa)

Die Tagung ordnet sich dem Europäischen Kulturerbejahr 2018 „*Sharing Heritage*“ zu und öffnet den Blick auf das kulturelle Erbe, das sich Europa, der südliche Mittelmeerraum und das subsaharische Afrika teilen. Veranstalter ist die **Stiftung Wissensraum Europa-Mittelmeer (WEM)**, die sich aktiv am Europäischen Kulturerbejahr beteiligt.

Die Einsicht, dass sich Europa, Afrika und die Islamische Welt des Vorderen Orients ein Erbe teilen, gewinnt nicht nur für eine multilaterale **Afrika-Politik** Bedeutung, sondern auch für den politisch-kulturellen Umgang mit Migration und **Integration**. Im Lichte der **Globalisierung** erscheint die Frage noch dringlicher. Denn diese bewirkt Tendenzen zur kulturellen Standardisierung, fördert zugleich aber identitäre Krisen und religiöse Missverständnisse. Die Alhambra – arabisches oder europäisches Erbe? Timbuktu – Afrikas Erbe und zugleich europäischer Mythos? Goethes „West-Östlicher Divan“ – ein Erbe Europas, aber nicht auch des Orients? Vieles ist eingebettet in die Erinnerung mehrerer Kulturen, auch in das Kulturerbe Europas, das den Europäern gemeinsam ist, in seiner Vielfalt.

Kontakt: Prof. Dr. Bernd Thum, E-mail: thum@kit.edu

Quelle und detaillierte Informationen: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=33726>

Grenzüberschreitungen: Migrantinnen und Migranten als Akteure im 20. Jahrhundert

1.2. – 2.2.2018

Bern: Universität

Am Kontext und an den Formen des historischen Migrationsgeschehens, bei Migrantinnen und Migranten als aktiv Handelnden und ihren subjektiven Erfahrungen von Migration setzt die Tagung an. Sie wendet sich Frauen und Männern als Akteuren zu, die Praktiken, Ausdrucks-, Darstellungs- und Kommunikationsformen entwickeln und fragt nach ihrer Handlungsfähigkeit und Handlungsmacht in politischen und sozialen Zusammenhängen: Welche Faktoren haben individuelle Migrationsentscheidungen beeinflusst und wer war daran beteiligt? Wo konnten Migrantinnen und Migranten Handlungs- und Wirkungsmächtigkeit (*agency*) entfalten? Mit welchen Strategien antworteten sie z.B. auf Deklassierungserfahrungen, etwa wenn Bildungsabschlüsse und Berufsqualifikationen im neuen Umfeld nicht anerkannt wurden oder die Möglichkeit der sprachlichen Verständigung eingeschränkt war? Welche Praktiken der Begegnung und der Einflussnahme entwickelten sie, in welchem Umfeld? Gibt es spezifische Formen des individuellen und kollektiven Erinnerns?

Die Tagung widmet sich diesen auch für das Verständnis des gegenwärtigen Wanderungsgeschehens wichtigen Fragen aus historischer Perspektive. Im Zentrum stehen Migrationen im europäischen Kontext im 20. Jahrhundert, wobei Europa hier als Abgangs-, Durchgangs- oder Ankunftsregion gilt.

Dozentur für Migrationsgeschichte / Forschungsplattform „Migration: Kompetenzen bündeln – Impulse setzen – Grundlagen schaffen“ am Walter-Benjamin-Kolleg der Universität Bern / AG „Frauen im Exil“ in der Gesellschaft für Exilforschung e.V.; organisiert durch Dr. Wiebke von Bernstorff (Hildesheim), Dr. Heike Klapdor (Berlin) und PD Dr. Kristina Schulz (Bern); Ansprechpartnerin: Vera Blaser (vera.blaser@hist.unibe.ch)

Quelle und detaillierte Informationen: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=33726>

Neue Entspannungspolitik? Die Kirchen als friedenspolitische Akteure im Ukraine-Russland-Konflikt?

2.2. – 4.2.2018
Loccum: Evangelische Akademie

Der **Ukraine-Russland-Konflikt** kommt seit 2014 nicht zur Ruhe. Immer wieder werden gewaltsame Zusammenstöße, Menschenrechtsverletzungen und Einschüchterungen gemeldet. Weitgehend unbeleuchtet blieb bisher, welche Rolle die Kirchen der Region in dieser Auseinandersetzung spielen. Wo agieren die Kirchen und ihre Vertreterinnen / Vertreter konfliktverschärfend? Wo besteht Potenzial für Versöhnung und Dialog? Welche kirchlichen und kirchennahen Initiativen engagieren sich vor Ort in der zivilen Konfliktbearbeitung? Kann aus ihren Erfahrungen gelernt werden? In der Beantwortung dieser Fragen begibt sich die Tagung auf die Suche nach Möglichkeiten, inwiefern die Kirchen überhaupt zu einer Entspannungspolitik beitragen können, Möglichkeiten für Deeskalation, Entspannung und Versöhnung. Gemeinsam soll versucht werden, Lehren für die zukünftige friedenspraktische und **friedensethische Arbeit der Kirchen** zu finden.

Anmeldung: Evangelische Akademie Loccum (Münchehäger Straße 6), Postfach 2158, 31545 Rehburg-Loccum (Tel. 05766/81-0, Fax 05766/81-99-113), <http://www.loccum.de/programm/anmeldung.html> | Tagungsgebühr 195,- € pro Person, ermäßigt 75,- €

Peace Movements and Democratic Culture in Southern Europe during the 1970s and 1980s

14. – 16.2.2018
Rom: Deutsches Historisches Institut

Die Proteste gegen Atomwaffen und ihre Stationierung in Europa in den 1980ern (Pershing-Raketen und Marschflugkörper der USA) haben die Zivilgesellschaft aufgerührt und die Parameter politischer Partizipation und die Einstellungen zu internationaler und nationaler Sicherheitspolitik neu justiert. Wie diese Protestbewegung in den 1970er und 80er Jahren in Griechenland, Spanien und Italien im Zusammenhang mit jeweils der innenpolitischen Lage in diesen drei Ländern abgelaufen ist, untersucht die Konferenz.

Weitere Informationen: <http://dhi-roma.it/tagungen+M5d46e0fc0ae.html?&type=98>

Quelle: hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=35962

Migration und sozio-politische Innovation

2.3.2018
Fribourg

Welche Rolle spielt die Migration bei der Etablierung neuer Formen der Lebensgestaltung und der Organisation von Gesellschaften? Unter sozio-politischer Innovation wird die Entstehung, Durchsetzung und Verbreitung von neuen sozialen und politischen Praktiken in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen verstanden. Ziel ist es, solche gesellschaftlichen Transformationen, die in Zusammenhang mit Migration auftreten, zu identifizieren, zu analysieren und die ihnen zugrunde liegenden Bedingungen zu entschlüsseln.

Distanznah zu einer neoliberalen Verwendung des Begriffs soll das Konzept der sozio-politischen Innovation auf seine Eignung für die Analyse gesellschaftlicher Transformationen in unterschiedlichen sozialen und politischen Bereichen überprüft werden. Demokratisierungsprozesse ließen sich beispielsweise mit Gewinn aus einer Migrationsperspektive beschreiben. Dies wurde in der historischen Forschung bislang jedoch nur selten zur Anwendung gebracht.

Quelle und Infos: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=33903>; infoclio.ch; <https://www.infoclio.ch/de/node/147179>; Francesca Falk (Universität Fribourg).

Wir sind hier Partizipation im Fokus

16. – 18.3.2018
Berlin: Evangelische Akademie
Schwanenwerder

Das Projekt richtet sich an junge Menschen unter 27 Jahren mit **Fluchtgeschichte** und findet in Kooperation mit *Jugendliche ohne Grenzen* statt.

Junge Menschen mit Fluchtgeschichte, die sich in gesellschaftspolitische Debatten einbringen, sind zunehmend als Expertinnen und Experten gefragt. Ziel des Austauschs ist daher, das private und öffentliche Sprechen über die eigene Fluchterfahrung zu reflektieren. Auch die Möglichkeiten, tiefer in die Gepflogenheiten des politischen Diskurses einzutauchen und sich fit zu machen für eigene Meinungsbeiträge zu gesellschaftspolitischen Fragen, stehen im Fokus. Darüber hinaus vertiefen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihr Wissen über die eigenen Rechte und erlernen **Methoden**, um Inhalte der politischen Bildung als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren mit anderen jungen Menschen mit Fluchterfahrungen zu erarbeiten. Neben dem Austausch über eigene Aktivitäten ist viel Raum für neue Projektideen, von denen einige bereits bei den geplanten Folgeveranstaltungen der Evangelischen Akademie im Herbst („Making Heimat“) umgesetzt werden können.

Kontakt: Evangelische Akademie zu Berlin, Belinda Elter: elter@eaberlin.de, 030/203 55–409

8. UN Forschungskolloquium Die Vereinten Nationen und ihre Partnerorganisationen

23. – 25.3.2018
Call for Papers
Jena: Friedrich-Schiller-Universität

Nach den Erfahrungen von Ruanda, Somalia und Jugoslawien sowie dem daran anschließenden Rückzug vieler westlicher Unterstützer in die Passivität wurde die Überforderung des UN-Systems im Umgang mit globalen Herausforderungen offensichtlich. Anfang der 2000er Jahre wählte die Organisation den Weg der Erneuerung und rückte den Bedarf nach partnerschaftlicher Zusammenarbeit stärker in den Fokus.

Die gesamte Bandbreite der **UN-Politikfelder**, insbesondere die Bereiche Frieden und Sicherheit, Menschenrechte sowie Umwelt und Entwicklung, werden mehr und mehr partnerschaftlich organisiert und stehen im Fokus des Forschungskolloquiums. Im Sicherheitsbereich öffnet beispielsweise das in seiner Reichweite umstrittene Kapitel VIII der UN-Charta das Tor für gemeinsame Bemühungen, welches es anderen Organisationen erlaubt, mit der UNO in kollaborativen und kooperativen Austausch zu treten. Bereits im Jahr 2000 unternahm die Europäische Union den Versuch, sich durch eine **Partnerschaft auf Augenhöhe** als neuer sicherheitspolitischer Akteur und „*Burden Sharer*“ der UNO zu positionieren. Eine der intensivsten Kooperationen besteht mit afrikanischen Regionalorganisationen. Daneben öffnen sich die Vereinten Nationen auch für nichtstaatliche Akteure wie Expert/-innengruppen und Nichtregierungsorganisationen. Entwicklungen wie die sogenannte Schutzverantwortung (**R2P**), aber auch die neuen **Nachhaltigkeitsziele** oder die Bemühungen der UN hinsichtlich des *gender mainstreamings* wären ohne den partnerschaftlichen Einfluss führender NGOs kaum vorstellbar. Dabei stellt sich die Frage, wo die UNO mit ihrem Aufruf für mehr Kooperation stehen und wie der partnerschaftliche Umgang mit globalen Herausforderungen konkret abläuft.

Das Kolloquium heißt Nachwuchswissenschaftlerinnen/Nachwuchswissenschaftler und Studierende aller Fachrichtungen willkommen. Es bietet die Gelegenheit, Forschungs- und Studienarbeiten mit Bezug zu den Vereinten Nationen vorzustellen und zu diskutieren. Einen Teilnahmebeitrag gibt es nicht.

Veranstalter: Arbeitsgemeinschaft Junge UN-Forschung in der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen. Weitere Informationen und Anmeldeformular: www.uno-forschung.de; für Fragen: [info\(at\)uno-forschung.de](mailto:info(at)uno-forschung.de). **Deadline** für Papiere: 4.3.2018; **Deadline** für Anmeldungen: 10.3.2018.

Quelle: OSI-Liste Kreibich 26.12–23:35.

What is holding societies together? Social cohesion and disintegration in historical perspective. (Twelfth European Social Science History conference (ESSHC 2018))

4. – 7.4.2018
Belfast: Queen's University

Gegenwärtig warnen Experten und politische Akteure unentwegt vor der Gefahr einer Desintegration und Polarisierung der Gesellschaft rufen nach mehr Integration, Assimilation und der Exklusion von Migranten. Konzepte wie Integration, Assimilation oder Multikulti haben ganz unterschiedliche Geschichten und Verwendungszusammenhänge. Die gegenwärtigen Ängste vor einer Desintegration der Gesellschaft stehen in einer langen Tradition und betrafen keineswegs nur Migrationsbewegungen. Im 19. und 20. Jh. stellte man sich vor, die Gesellschaft würde entlang von Klassenlinien, Rassenunterschieden, religiösen Differenzen oder an Geschlechterunterschieden zerbrechen. Sozialwissenschaftler, Politiker, Lehrer oder andere Akteure entwickelten unterschiedliche Strategien, um der wahrgenommenen Krise zu steuern. Diese werden in der Konferenz diskutiert.

Die Spannung zwischen der Forderung nach Kohärenz und den Herausforderungen durch die Diversität der Gesellschaft ist eine der wichtigsten Spannungen der modernen Zeit. Abhilfe erhoffte man sich abwechselnd von der Lebensform Stadt oder vom Zusammenhalt kleiner Gemeinschaften, von gemeinsamer Sprache und Kultur, von Schule und Armee, von Konzepten des Multikulturalismus- oder „*interculturalism*“ oder vom Konsum.

Die Konferenz hat ein differenzierteres Verständnis dieser Spannung zwischen sozialer Kohäsion und Diversität im 19. und 20. Jahrhundert und ihrer Bewältigung zum Ziel. Teilnahmegebühren zwischen 90 und 300 €.

<https://esshc.socialhistory.org/registrationinfo>. Ansprechpersonen in Deutschland: Antje Dietze, Maren Möhring, Christiane Reinecke (Universität Leipzig): christiane.reinecke@uni-leipzig.de.

Quelle: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=33317>

Churches as Agents for Justice and against Populism Fachtagung und Abendforum

2. – 4.5.2018

Berlin: Französische Friedrichstadtkirche

Nationalist populist movements endorse exclusionary strategies that fragment societies and marginalize people. Churches (should) respond by strengthening respect and equal participation, and by widening the civil society discourse through exchange between different global contexts and social locations. The Protestant Academy in Berlin, Brot für die Welt, the Church of Sweden, and the Lutheran World Federation bring together theologians, church leaders and political scientists from different parts of the world to further initiatives for inclusion, justice and (religious) pluralism.

Das öffentliche Abendforum am 2. Mai von 18.00 bis 20.00 Uhr mit Landesbischof Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm, dem Ratsvorsitzenden der EKD und Erzbischofin Prof. Dr. Antje Jackelén von der Schwedischen Kirche findet auf Deutsch statt. Um Anmeldung wird gebeten. – Kontakt: Evangelische Akademie zu Berlin, Simone Wasner, wasner@eaberlin.de, 030/203 55–507

Socialist Educational Cooperation with the Global South

11. – 12.5.2018

Gießen: Justus-Liebig-Universität, Senatssaal

In den Kämpfen der Staaten im globalen Süden um Unabhängigkeit wurde Bildung ein wichtiger Motor für Emanzipation. Im Laufe der Entwicklung eines demokratischen und nicht-rassistischen Bildungssystems suchten viele Staaten Kontakt und Unterstützung mit sozialistischen Ländern wie der Sowjetunion und Kuba. Bei diesen Kooperationen erfuhr der globale Raum der Bildung eine vielfältige Reorganisierung der Bildungskonzepte, der Unterrichtsmaterialien, der Curricula und der Methoden der Bildungsvermittlung. Diese Veränderungen der Bildung und der Bildungssysteme sowie die Rolle von Bildungsberatern, die die Anpassung von Bildungskonzepten an die Bedingungen vor Ort anboten, untersucht die Konferenz.

Ingrid Miethe (Institut für Allgemeine Erziehungswissenschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen) und Jane Weiß (Institut für Erziehungswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin) c/o Ellen Beutlich (Tel. 0641/99-24146, Sekretariat: 0641/99-24141, [Sokr-miethe@erziehung.uni-giessen.de](mailto:Sekr-miethe@erziehung.uni-giessen.de), Fax: 0641/99-24149).

Engl.: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=35908>

Repräsentation und Erinnerung der Migration

24. – 25.5.2018

Nantes

Schon vor den als krisenhaft wahrgenommenen Ereignissen im Jahr 2015 war deutlich geworden, dass die europäischen Migrationsgesellschaften des 21. Jh., die hauptsächlich durch die sogenannte „Gastarbeitermigration“ nach dem Zweiten Weltkrieg transformiert worden waren, die Perspektive der Migration und die Erfahrungen und Erinnerungen von Migrantinnen und Migranten nicht oder höchstens unzureichend in ihr kollektives Gedächtnis integriert hatten, Migration und Migrantinnen / Migranten in den Infrastrukturen des „kollektiven Gedächtnisses“ (Archive, Museen) wie in den hegemonialen historischen Narrativen nicht sichtbar waren und keine Stimme besaßen. Mit Hilfe von Analysen der Geschichte und Gegenwart sollen Muster, Traditionen und Perspektiven der Aushandlung von Migration und Integration in unterschiedlichen Ländern untersucht und die verstärkten Bemühungen um eine Sichtbarmachung von Migrationsgeschichten in verschiedenen Ländern sowie die damit verbundenen spezifischen Herausforderungen diskutiert werden. Tagungssprachen: Französisch und Deutsch.

Eine Veranstaltung des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck, der Université de Nantes (CRHIA), der Université catholique de l’Ouest (Angers), der Justus-Liebig-Universität Gießen, der Université de Lille 1 und der Université Ibn Zohr (Agadir). Kontakt: Prof. Dr. Bettina Severin-Barboutie (Justus-Liebig-Universität Giessen, Historisches Institut, Otto-Behagel-Str. 10C, 35394 Giessen; Bettina.Severin-Barboutie@geschichte.uni-giessen.de)

Quelle und weitere Erklärungen: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=35866>

Gemeinsames Leben mit unterschiedlichen Traditionen Visionen für den Landkreis Ostprignitz-Ruppin

4. – 5.6.2018

Berlin: Evang. Bildungsstätte auf Schwanenwerder

Die Frage nach den gemeinsamen Lebensgrundlagen bei unterschiedlicher kultureller Herkunft ist zentral für das Zusammenleben in einer Region. Ziemlich offen ist, wie die Gestaltung aussehen soll. Die Bandbreite reicht von Assimilation an die vorherrschende Kultur über Bereicherung durch unterschiedliche Traditionen und Ansichten bis hin zur Entwicklung neuer gemeinsamer Lebenskonzepte. Bei dieser Tagung werden in der Prignitz und im Ruppiner Land geborene Menschen im Gespräch sein mit vor längerer Zeit zugewanderten Bürger*innen und vor kurzem Zugezogenen über Lebensumfeld, Normen, Religion und Geschlechtergerechtigkeit. Teilnahme nur mit persönlicher Einladung. Interessenbekundungen sind möglich.

Kontakt: Evangelische Akademie zu Berlin, Rosalita Huschke (huschke@eaberlin.de, 030 / 203 55 – 404)

Narrating and Constructing the Beach Internationale Konferenz

14. – 16.6.2018

München: Amerikahaus

Mit der Alain Corbin zufolge ca. im 18. Jahrhundert einsetzenden (europäischen) „Erfindung des Strandes“ sind verschiedene Diskurse und Praktiken verbunden, zu deren Kristallisationspunkt und Projektionsfläche der Strand wird. Wurde er lange Zeit v.a. im Kontext des Massentourismus wahrgenommen, so ist er heute auch ein Ort, an dem Geflüchtete stranden, an dem sich sowohl Umweltverschmutzung als auch Klimawandel manifestieren und an dem vermehrt soziokulturelle Konflikte bspw. über Kleiderordnungen ausgetragen werden. Als unregelmäßiges Übergangs- und institutionelles Grenzgebiet rückt der Strand gegenwärtig in den Fokus des medialen Interesses, bleibt aber in wissenschaftlichen Studien ein kaum beachtetes Randgebiet der Meeresthematik.

Um den komplexen Vorstellungen, Dynamiken, Praktiken und Ästhetiken des Strandraums gerecht zu werden, versteht die Konferenz den Strand als eigenständiges (Grenz-)Phänomen, das systematisch und historisch beleuchtet werden soll. Sie zeichnet vielfältige, sich verändernde und teilweise konkurrierende Repräsentationen und Erlebnisweisen des Strands in Kunst, Kultur und Gesellschaft sowie seine *cultural imaginaries* in ihrer globalen und historischen Vielfalt nach.

Keynote: Michael Taussig, *Professor of Anthropology*, Columbia University

Organisiert in Zusammenarbeit mit der Bayerischen Amerika-Akademie und dem Amerikahaus München: www.amerikahaus.de/. Ludwig-Maximilians-Universität München, Graduiertenschule Sprache und Literatur – Klasse für Literatur: beach.conference@lmu.de (Stefan Brückl, Ines Ghaleb, Roxanne Phillips, Katharina Simon, Florian Telsnig) und Dominik Pensel (dominik.pensel@lmu.de).

Text: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=35890>

Der unvollendete Krieg? Erfahrungen des Ersten Weltkriegs und die Konstruktion der polnischen Identität

21. – 22.6.2018

Berlin: Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften

Der Erste Weltkrieg endete nicht 1918. In Polen dauerten die Kämpfe bis 1921. Sowohl die ehemaligen Großmächte als auch die neuen Staaten mussten sich die Fundamente ihres Staatswesens, ihrer Kultur und ihres politischen wie gesellschaftlichen Lebens neu aufbauen. Polen stand wie zahlreiche andere Staaten vor der Herausforderung, sowohl sein Staatsterritorium als auch die Grundpfeiler seiner Identität so festzulegen, dass sich die Gesellschaft, die zuvor 123 Jahre lang auf die jeweiligen Gebiete dreier Teilungsmächte (Österreich, Russland, Preußen/Deutschland) aufgeteilt war, zu einer modernen nationalen Gemeinschaft vereinigen konnte.

Ziel der Konferenz ist es, die Frage nach dem Einfluss des Ersten Weltkriegs auf die Konstruktion, Re- und Dekonstruktion des Polentums zu beantworten. Im Zentrum des Interesses stehen dabei die Entstehungs- und Transformationsprozesse der **Identität der polnischen Gesellschaft** und damit auch diejenigen der sogenannten **alternierenden Identitäten**. Eine nicht weniger wichtige Rolle spielt auch die **Außenwahrnehmung** der „neuen polnischen Identität“ vor allem seitens Deutschlands und Russlands.

Die Antworten werden auf mehreren Ebenen gesucht: Ereignisgeschichte, „Ikonen“ und „Verräter“, die vergessenen „Anderen“, die Außenwahrnehmung polnischer Persönlichkeiten, Märtyrer- und Pazifismusdiskurs, Krieg und Gewalt – Ästhetik im Krieg.

Call for Papers: Abstracts in polnischer, deutscher oder englischer Sprache (ca. 2.000 Zeichen), ein kurzer wissenschaftlicher Lebenslauf sowie Angaben zu Kontakt und Affiliation werden **bis zum 31. Januar 2018** per E-mail an: malgorzata.stolarska-fronia@cbh.pan.pl erbeten. **Kontakt:** Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften: Majakowski-ring 47, 13156 Berlin (Frau Dr. Małgorzata Stolarska-Fronia), Tel. 030 / 486 285 58. Info: www.cbh.pan.pl.

Quelle: PAN 3.1—15:51.

Entangled Others – Other Entanglements: Critical Perspectives on the Relationship of Racism and Antisemitism

24. – 26.6.2018

Berlin: Zentrum für Antisemitismus-
forschung

Die kritische Erforschung von Rassismus und Antisemitismus erscheint den Veranstaltern angesichts des weltweiten Aufkommens von autoritären Bewegungen und Regierungen und der Vervielfachung rassistischer Ansichten dringend. Dabei sehen sie in der fehlenden Verbindung des Kampfes gegen Rassismus und desjenigen gegen Antisemitismus eine politische Gefahr. Dass diese Verbindung so unklar wie umstritten ist, treffe sogar auf die historische Forschung zu. Ob Antisemitismus eine besondere Form von Rassismus ist, bleibt weiterhin umstritten. Formen von kolonialistischem Rassismus und Rassismus gegen Schwarze, gegen Asiaten oder gegen Muslime sollten nicht vermischt werden. Um so wichtiger erscheint es den Veranstaltern, den Ort, die Bedeutung und die Interaktion von Rassismus und Antisemitismus in den Rahmen einer umfassenden Geschichte von Gewalt in der Moderne zu stellen. Konferenzsprache: Englisch.

Veranstalter: Zentrum für Antisemitismusforschung (Technische Universität Berlin) zusammen mit dem *International Consortium for Research on Antisemitism and Racism* (ICRAR) und dem Martin Buber Lehrstuhl für Jüdische Philosophie (Universität Frankfurt am Main), Ansprechpartner: Anna Danilina, Stefan Vogt und Felix Axster (Zentrum für Antisemitismusforschung, TU, Ernst-Reuter-Platz 7, 10587 Berlin): E-mail: felix.axster@tu-berlin.de

Quelle und ausführliche Fragestellung auf Englisch: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=35932>

18. Berliner Symposium zum Flüchtlingsschutz

25. – 26.6.2018

Berlin: Französische Friedrichstadt-
kirche

Der Schwerpunkt der deutschen und europäischen Flüchtlingspolitik hat sich verschoben. Die Bewältigung der Aufnahme großer Zahlen eingereister Schutzsuchender seit 2015 und der Durchführung der betreffenden Asylverfahren werden nun von Maßnahmen überlagert, die auf eine Steuerung von Flüchtlings- und Migrationsbewegungen abzielen. Welche Auswirkungen haben die insoweit bestehenden und geplanten Mechanismen auf den internationalen Flüchtlingsschutz? Was bedeutet das für den individuellen Zugang zu Schutz in Europa und in Deutschland? Das Symposium bietet Akteuren aus allen Bereichen des Flüchtlingsschutzes ein Forum, um Lösungsvorschläge zu diskutieren.

Kontakt: Evangelische Akademie zu Berlin, Belinda Elter, elter@eaberlin.de, 030/203 55–409

Impressum

interkulturell aktuell (SSIP-Mitteilungen)

Herausgeber:

Sozialwissenschaftlicher Studienkreis für Interkulturelle
Perspektiven (SSIP) e.V.

Gesamtleitung: Armin Triebel, Berlin

Layout und Gestaltung: Gerd Ulrich Bauer, Bad Vilbel

© SSIP, 2017

Titel: Die kommunale Wasserversorgung ist unterbrochen,
und die Förderschule in Eldoret (Kenia) zapft ihren Reser-
vetank an, Februar 2016 (Photo: Gerd Ulrich Bauer)

Geschäftsstelle:

Wielandstr. 35

12159 Berlin

www.ssip-web.de

Tel.: +49 (0)30/8510339-0

Fax: +49 (0)30/8510339-1

Mail: mitteilungen@SSIP-web.de

Autorenkürzel:

FN Ferdinand Niedlich

JG Juliane Ganzel

AT Armin Triebel

Climate Partner Logo